

BLICKWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion NRW



Der Kampf um die Lufthoheit über den Kinderbetten

Kinderrechte als schleichender
Angriff auf elterliche Rechte



Kommunal
Plattform

Anzeige

AfD-Fraktion im LVR
Yannick Noe
Kennedy-Ufer 2
50769 Köln
www.afd-im-lvr.de



Kommunalplattform

Die kommunale Austauschplattform

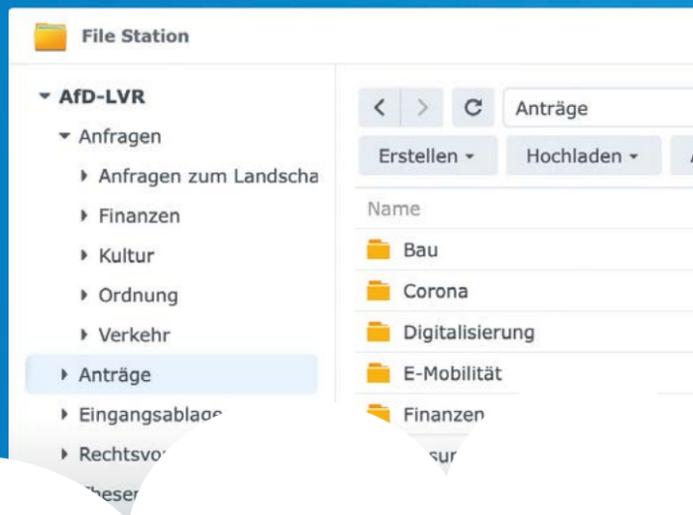
Registrieren Sie sich als Mandatsträger für unsere Kommunalplattform und profitieren Sie von sortierten Inhalten, einer Volltextsuche und einer stetig wachsenden Datenbank:
www.afd-im-lvr.de/kommunalplattform



1 Zugang
beantragen

2 Wir prüfen
Ihre Anmeldung

3 Zugriff auf
AfD-Plattform



BESSERE KAMPAGNEN
MEHR ZUSAMMENARBEIT



EDITORIAL

Editorial

DR. MARTIN VINCENTZ
MITGLIED DES LANDTAGS
FRAKTIONSVORSITZENDER



Liebe Leser,

vor Ihnen liegt die mittlerweile zwölfte Ausgabe des Blickwinkels. Den Blickwinkel gibt es nun seit etwa sechs Jahren. Er ist damit so alt wie ein Kind, das eingeschult wird. Wenn er ein Kind wäre, dann wäre seine liebende Mutter Diana Finsterle. Unsere Chefredakteurin mit dem Blick für Details und fürs große Ganze wartet stets geduldig, wenn sie der ein oder andere Text mal wieder nach der Frist erreicht. Ob das auf dieses Editorial auch zutrifft? Fraktionsgeheimnis!

In der vor Ihnen liegenden Ausgabe beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit dem Thema Kinderrechte. Seit einiger Zeit treibt das linke Establishment dieses Thema auf die Tagesordnung und bei manchen pathetischen Reden könnte man glauben, unsere Kinder seien bis dato rechtlos gewesen.

Das ist natürlich Unsinn. Kinder haben Rechte. Aber welches ist das vordringlichste? Als jemand, der selbst eine behütete Kindheit genießen durfte, sage ich: das Recht, möglichst unbeschwert aufzuwachsen. Das klingt banal, ist es aber nicht. Heute wird es kaum noch einem Kind zugestanden, unbeschwert und unbeeinflusst vom herrschenden Zeitgeist aufzuwachsen. Stattdessen werden schon in Kindergärten und Grundschulen ‚Klimameilen‘ auf dem Schulweg gesammelt, um autofahrende Eltern an den Pranger zu stellen. Ohne das Wissen der Eltern wird sogenannte ‚Sexualaufklärung‘ betrieben, die die Kinder in ihrer Identität verwirren soll. Und schließlich soll ein 14-Jähriger, der ohne Wissen der Eltern nach 22 Uhr das Haus nicht verlassen, nicht wählen und kein Auto fahren darf, schwere Hormonblocker einnehmen dürfen, um seine natürliche

Entwicklung zu stoppen – und das alles ohne elterliche Zustimmung.

Dass das falsch ist, ist nichts weiter als gesunder Menschenverstand. Natürlich haben Kinder unveräußerliche Rechte, die bereits gesetzlich festgehalten sind und keiner Korrektur bedürfen. Aber auch die Eltern haben Rechte – darunter das Recht, nicht von einem übergriffigen Staat gegen ihre Kinder ausgespielt zu werden. Mehr zu diesem Thema lesen Sie im Artikel meines Kollegen Zacharias Schalley.

Was bleibt mir an dieser Stelle noch, außer Ihnen eine spannende Lektüre zu wünschen? Zum Beispiel Andreas Keith zu danken. Seit 2017 hat er die Geschicke im ‚Maschinenraum‘ unserer Fraktion gelenkt und bleibt uns als Abgeordneter mit seinem Fachwissen erhalten. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer ist unser Bochumer Kollege Christian Loose. Ich danke beiden für die reibungslose Übergabe.

Der neue Fraktionsvorstand bringt einen alten Bekannten zurück: Mit Markus Wagner ist ab sofort mein Vorgänger wieder stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion NRW. Ich freue mich, dass er mir mit seiner Erfahrung zur Seite steht, und blicke mit einem tollen Team, das Sven Tritschler und Enxhi Seli-Zacharias komplettieren, positiv in die Zukunft. Die ist nämlich auch hier in NRW blau!

Ihr

Martin Vincentz

Editorial

von Dr. Martin Vincenz
Fraktionsvorsitzender

3

THEMEN

Als die Bundesregierung die
'Pandemie der Ungeimpften'
auslöste

6 – 7

Sicherheitsmängel am Flughafen Köln/Bonn
Wie Hinweisgeber über die AfD
eklatante Misstände in die
Öffentlichkeit tragen!

8 – 9

Bildungsverfall
setzt sich fort

10 – 11

Überlastung im Rechtsstaat

Die Krise der Staatsanwaltschaften
und Gerichte in NRW

14 – 15

Innenstädte

nachhaltig attraktiver machen!

20 – 22

Landesregierung NRW:

Zahnloser Tiger bei der
Bekämpfung des
fundamentalistischen Islams?

32 – 34

Terroristische Gefährder

Einordnung ohne Folgen
und viele Fragen offen

36 – 37



TITELTHEMA

Der Kampf um die
Lufthoheit über den Kinderbetten

Kinderrechte als schleichender
Angriff auf elterliche Rechte

Seite 16 – 19

Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen

besteht aus 12 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Dominik Ebenberger, Jörg Feller, Dominic Fiedler, Maik Klaus, Maximilian Kneller, Iwar Matern, Lisa-Kristin Oheim, Elmar Salinger, Maximilian Schmitz, Ulrich von Zons



Die Olympischen Spiele in Paris

Zur Projektionsfläche des woken
Zeitgeists verkommen

Seite 38 – 39

AfD-FRAKTION IM LVR

Kulturkampf – von rechts?

Warum ein ständiges Ringen um
Standpunkte heute existenziell ist 24 – 26

Aus der Praxis:

Kampf über die Deutungshoheit auch
beim Landschaftsverband Rheinland 27

WER WIR SIND

Porträt

Im Gespräch mit Dr. Christian Blex 28 – 31

AfD-FRAKTION IM LWL

Erinnerungskultur um jeden Preis? 35

INTERNATIONALES

Affenpocken als Test

Erfahrungen und Erkenntnisse für
eine angemessene
Gesundheitspolitik nutzen 40 – 41



ThysenKrupp:
Gehen 13.000 Arbeitsplätze
unter im 'Champagner der
Energiewende'?

Seite 12 – 13

DEUTSCHE GESCHICHTE

Namibia

Ein notwendiges Gedenken
erzeugt Empörung 42 – 45

KURZ NOTIERT

Kurznotizen unserer

Landtagsabgeordneten 46 – 47

COMIC

SOS Staatsfunk 48 – 49

KOMMENTAR RENÉ AUST

Bauen wir das Europa

der souveränen
Nationen 50

Impressum 51



PROF. DR. DANIEL ZERBIN, MDL
WISSENSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER

Als die Bundesregierung die ‚Pandemie der Ungeimpften‘ auslöste DIE NOTWENDIGE AUFARBEITUNG DER CORONAPANDEMIE



Quelle: picture alliance/dpa | Julian Stratenschulte

SYMBOLBILD – Weihnachten 2021 galt unabhängig von den Inzidenzwerten der Länder eine bundesweite 2G-Regelung für den Einzelhandel, auch Besuche auf Weihnachtsmärkten waren nur noch geimpft oder genesen möglich. Ungeimpfte konnten weder Weihnachtsmärkte betreten noch Weihnachtsgeschenke in Einzelhandelsgeschäfte besorgen.

Kaum etwas dürfte in den letzten Jahren die Gesellschaften weltweit stärker geprägt haben als die Coronapandemie in den Jahren 2020 bis 2022. Die als bisher verheerendste Pandemie im 21. Jahr-

hundert bezeichnete Infektionskrankheit COVID-19 begann Ende 2019 in Wuhan (China) und breitete sich ab 2020 weltweit aus. Sie hatte drastische gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen auf die

Bundesrepublik Deutschland. Erste bekannt gewordene Fälle in Deutschland gab es im Januar 2020 in Bayern, in Nordrhein-Westfalen wurden die ersten Fälle Ende Februar 2020 bekannt. Die Bundes- und Landes-

regierungen versuchten durch Kontaktbeschränkungen, Lockdowns und Schließungen von Schulen, Geschäften sowie öffentlichen Einrichtungen die Ausbreitung des Virus einzudämmen und das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen. Im Jahr 2021 wurden Impfstoffe zugelassen, um Ansteckungen und Auswirkungen des Virus zu verhindern. Obwohl es keine flächendeckende Pflicht zur Impfung gab, wurden die Einschränkungen für Ungeimpfte schnell als Etablierung einer Zweiklassengesellschaft wahrgenommen. Die wichtigste Institution für die Bewertung der Risikoeinschätzung war das Robert Koch-Institut (RKI). Neben der epidemischen Lage von nationaler Tragweite des Bundes führte auch das Land Nordrhein-Westfalen eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite ein, um durch Anordnungen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens gewisse operative Eingriffe verschieben zu können oder medizinisches Material beschlagnahmen zu dürfen.

EINE ‚PANDEMIE DER UNGEIMPFTEN‘ lag aus fachlicher Sicht nie vor, wie die Dokumente darlegen

Die Schließung von Schulen und Geschäften, die Pflicht zum Tragen einer Maske, die Einschränkungen von ungeimpften oder erkrankten Personen sind die einschneidendsten Eingriffe in die Grundrechte der Bürger seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Diese massiven Eingriffe in die grundgesetzlich verbürgten Rechte des Grundgesetzes führten zu anhaltenden Demonstrationen in Zeiten der Pandemie. Die Politik mahnte Vernunft an und startete Kampagnen, die beworben sich impfen zu lassen. Es wurde sogar verlautbart, dass die Pandemie zum großen Teil aufgrund der Ungeimpften vorhanden wäre.

Im Sommer 2024 wurden die COVID-19-Krisenstabsprotokolle des RKI ungeschwärzt veröffentlicht. Es stellte sich schnell heraus, dass das Institut als dem Bundesministerium für Gesundheit unterstellte Behörde weisungsgebunden agierte. Dies wurde in den Jahren der Pandemie allerdings vom Ministerium verneint. Somit wurden die Einschätzungen zur Risikobewertung nicht aufgrund unabhängiger und faktenbasierter Methoden abgegeben, sondern auf direkte Weisung durch die Politik. Schulen galten laut ersten RKI-Einschätzungen nicht als Treiber der Pandemie und Schüler nicht als risikogefährdete Gruppe. Trotzdem wurden Schulschließungen durchgesetzt. Auch zur Wirksamkeit des Tragens von Masken gab es keine stichhaltigen Daten, die eine Pflicht gerechtfertigt hätten. Eine ‚Pandemie der Ungeimpften‘ lag aus fachlicher Sicht nie vor, wie die Dokumente darlegen.

Diese massiven Eingriffe in die

STATTDESSEN LIEGT EIN KLARER VERSTOSS gegen wissenschaftliche Grundsätze vor

Grundrechte der Bürger scheinen also nicht aufgrund der vorherrschenden evidenzbasierten Faktenlage vorgenommen worden zu sein, sondern aufgrund rein politischer Entscheidungen. Doch die Auswirkungen gehen noch weiter, denn selbst das Bundesverfassungsgericht stützte sich bei seinen Entscheidungen über die Coronamaßnahmen auf Einschätzungen des RKI, in dem guten Glauben, dass das Institut seine Einschätzungen aufgrund eigener neutraler und wissenschaftlicher Erkenntnisse abgegeben habe. Stattdessen liegt ein klarer Verstoß gegen wissenschaftliche Grundsätze vor, welcher das Vertrauen in die Politik untergräbt.

Die AfD-Fraktion wird diese Thematik im Landtag Nordrhein-Westfalen weiter verfolgen und die notwendigen politischen Konsequenzen fordern.



KLAUS ESSER, MDL
SPRECHER FÜR VERKEHRSPOLITIK

Sicherheitsmängel am Flughafen Köln/Bonn:

Wie Hinweisgeber über die AfD eklatante Missstände in die Öffentlichkeit tragen!

Der Maschendrahtzaun am Flughafen Köln/Bonn „Konrad Adenauer“ war leicht zu überwinden und das führte am 24. Juli 2024 mal wieder zur Erstürmung eines Flughafenrollfelds durch die sogenannte ‚Letzte Generation‘ – als Teil einer internationalen Kampagne eines Netzwerks. Der Flugverkehr wurde komplett lahmgelegt.

Laut Angaben des Flughafens waren an diesem Tag 26.634 Fluggäste unmittelbar betroffen. 41 Flüge wurden gestrichen, 107 Flüge waren verspätet und 6 Flüge wurden umgeleitet. Insgesamt bauten Flugzeuge bei diesem schwerwiegenden Eingriff in den Luftverkehr 23.097 Verspätungsminuten auf. Am selben Tag meldete sich „Ali Bi“, ein anonymes Hinweisgeber, mit einem Schreiben, das nach glaubhaften Angaben bereits vor einem Jahr am Flughafen Köln/Bonn die Runde machte. 2023 wurde das Schreiben an den Aufsichtsrat, die Geschäftsführung und Vertreter der Anteilseigner adressiert. Ali Bi – nach eigenen Angaben seit mehr als 20 Jahren beim Flughafen Köln/Bonn beschäftigt – hat umfassend über massive Missstände informiert. Demnach wurden Gebäude innerhalb des Flughafengeländes schon vor längerer Zeit mit Graffiti versehen. Als Schlussfolgerung bleibt da nur: Der Flughafen Köln/Bonn hat unzuverlässiges Personal oder eine extrem schwache Sicherheitsstrategie für das Flughafengelände und damit für unsere kritische und äußerst verletzte Luftverkehrssicherheitsarchitektur. Ali Bi verweist in seinem Schreiben explizit auf den Außenzaun, der eine Schwachstelle sei – seit Jah-

ren bekannt. Nun ist die Rede von Vertuschung. In diesem Zusammenhang gibt der Informant den Hinweis, dass der Verantwortliche für die Flughafensicherheit mittlerweile sogar zum Chief Operations Officer befördert wurde. Dabei ist Köln Bonn Airport (CGN) weiterhin auch ein Stützpunkt der Luftwaffe und sollte besonderen Schutz genießen.

Nachdem es im Juli so einfach war, in den Flughafen Köln/Bonn einzudringen, wurde keine vier Wochen später am 15. August erneut ein breites Stück Maschendrahtzaun aufgetrennt. Wieder legten sogenannte ‚Klimaaktivisten‘ den Flugverkehr lahm. Wurden wenigstens jetzt entsprechende Konsequenzen gezogen? Mitnichten! Ein Antrag der AfD-Fraktion NRW zur Errichtung eines hochmodernen Alarmsicherheitszauns wurde im September 2024 vom Plenum des Landtags abgelehnt.

Seit Jahren tanzen uns diese ‚Klimaaktivisten‘ auf der Nase herum. Da sie vorrangig die Zöglinge grüner Vorfeldorganisationen und NGOs sind, werden sie auch nicht in ihre Schranken

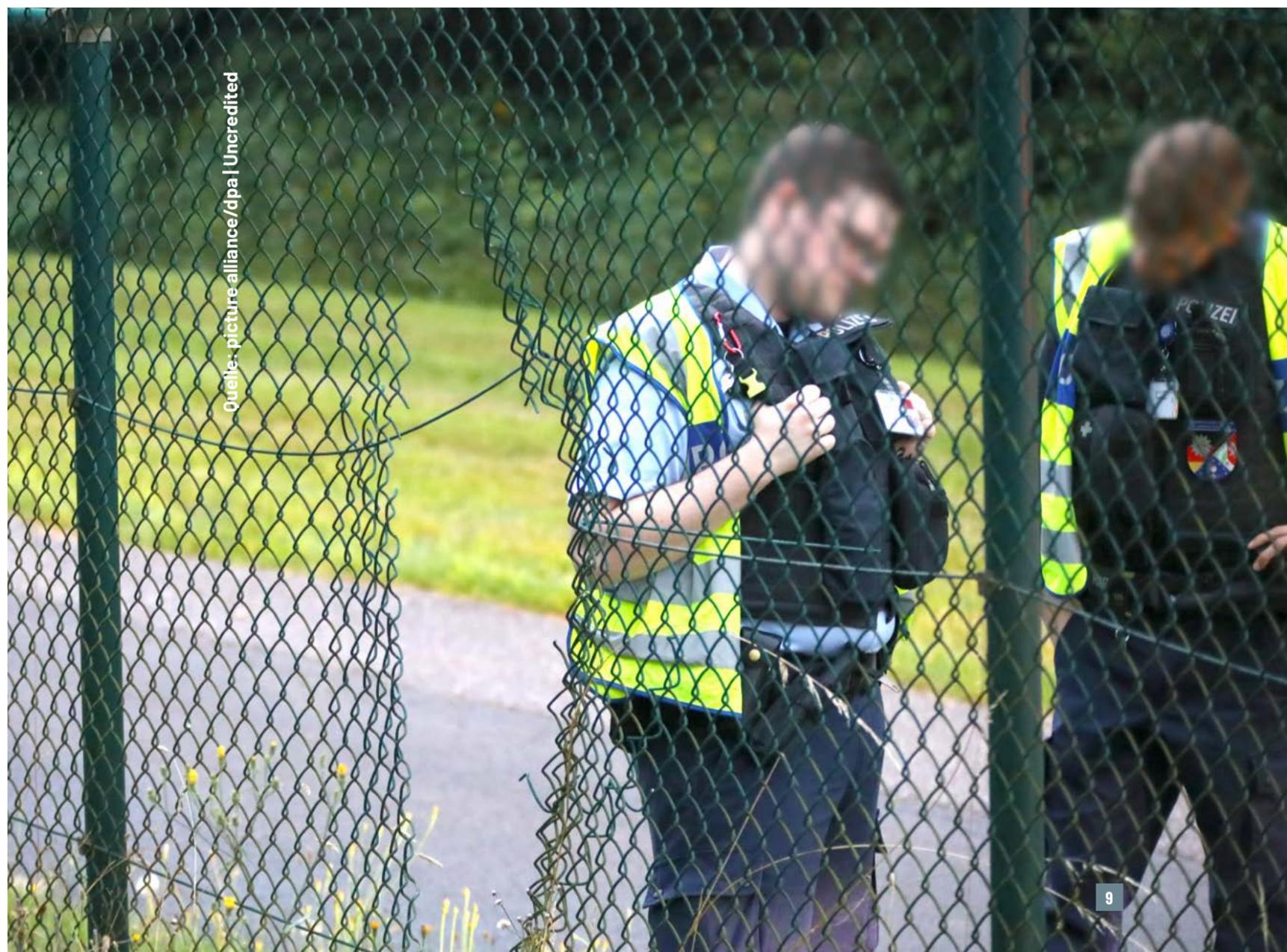
26.634 FLUGGÄSTE WAREN BETROFFEN. 41 FLÜGE WURDEN GESTRICHEN, 107 FLÜGE WAREN VERSPÄTET UND 6 FLÜGE WURDEN UMGELEITET. FLUGZEUGE BAUTEN INSGESAMT 23.097 VERSPÄTUNGSMINUTEN AUF

verwiesen. Stattdessen werden sie medial verhätschelt, in ihrem Anliegen für den ‚Schutz des Klimas‘ noch überschwänglich gelobt, während Kritik an verkehrsgefährdenden Aktionen einfach beiseitegeschoben wird. Alles nur ganz harmlose Leute, die mit Seitenschneider, Farbeimern und Klebstoff bewaffnet sind? Was passiert eigentlich, wenn islamistische Terroristen sich orangefarbene Warnwesten überziehen, einen Zaun auftrennen, dann aber statt Klebstoff Sprengstoff

mitführen? Dürfen die dann auch auf dem Flughafengelände herumspazieren?

Die AfD-Fraktion NRW lehnt eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik ab, setzt sich für eine sichere Verkehrsinfrastruktur ein und fordert harte Strafen für die Gefährder unserer empfindlichen Luftverkehrsinfrastruktur. Hinweisgeber wie Ali Bi sind für uns von unschätzbarem Wert und finden bei uns dankbare Abnehmer.

‚Klimaaktivisten‘ der Letzten Generation durchtrennten den Zaun des Flughafens Köln/Bonn und verschafften sich so Zugang auf das Gelände. Sie klebten sich auf eine Rollbahn fest und verursachten damit eine massive Unterbrechung des Flugverkehrs, 24. Juli 2024.



Quelle: picture alliance/dpa | Uncredited



DR. CHRISTIAN BLEX, MDL
SPRECHER FÜR SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK

Bildungsverfall setzt sich fort

In der letzten Ausgabe des Blickwinkels berichtete unser Bildungsressort über islamistische Umtriebe an den Schulen, ausbleibenden Lehrernachwuchs und von den Folgen für unsere Schüler. Die alarmierenden Trends setzen sich weiter fort. Der Landesregierung mangelt es an Lösungsansätzen, während die Genossen der SPD mit den immergleichen Fantasien von absoluter Inklusion und vermeintlicher Chancengleichheit aufwarten. Gerne möchten wir die jüngsten Ereignisse der Bildungspolitik unseres Landes beleuchten.

Während die Schulen in NRW immer katastrophalere Bildungsergebnisse liefern und reihenweise Lehrer verschleifen, steuert der Bund dank des Ganztagsförderungsgesetzes viele Schulen sehenden Auges in weiteres Chaos. Ab 2026 haben alle Eltern einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung ihrer Kinder in einer Offenen Ganztagschule (OGS) ab der ersten Klasse, der sich dann in drei Jahren bis zum vierten Schuljahr ausweitet. Wie das die Schulen realisieren sollen, bleibt ungewiss: Die schwarz-grüne Koalition in NRW weigert sich bis heute – trotz Ankündigung im Koalitionsvertrag – ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das die Finanzierung und nicht zuletzt Mindeststandards für eine qualitative Unterbringung festlegen soll.

Denn gerade arbeitende Eltern sind häufig auf eine Nachmittagsbetreuung ihrer Jüngsten angewiesen, die mehr als eine Kinderverwahrung darstellt. Ohne Hausaufgabenbetreuung, Erholungsangebote oder ähnliches wären diese Schüler quasi sich selbst überlassen. Da derzeit schon der Grundbedarf des Regelunterrichts und der Kin-

dertagesstätten nicht gedeckt werden kann, bleibt es fraglich, wie solch ein umfangreicher Nachmittagsbetrieb überhaupt realisiert werden soll.

Erhebungen wie PISA oder der IQB-Bildungstrend zeigen den stetig wachsenden Abfall der Schulleistungen. Auch Lehrkräfte berichten zunehmend von ganzen Schulklassen, die weder kognitiv noch sozial für ihre Jahrgangsstufe geeignet scheinen. Das schadet allen, auch gerade den Leistungsstarken, denen nicht mehr die nötige fördernde und fordernde Aufmerksamkeit zukommen kann. Rund ein Viertel der Grundschüler beherrscht weder ausreichend Deutsch noch grundlegende Mathematik, um in der weiterführenden Schule Anschluss zu finden.

Wie die abgebildete Bildungsarmutsstatistik zeigt, bildet NRW zusammen mit Brandenburg und Bremen das Schlusslicht

Neben steigenden Zahlen von sozial-emotionalen Entwicklungsstörungen wird Deutsch immer mehr zur Fremdsprache. Insbesondere an Brennpunktschulen mit Migrationsanteilen jenseits der 80 % haben Lehrer kaum mehr Möglichkeiten, einen geregelten Lehrplan zu verfolgen, da sich alles zwingend um den Spracherwerb sowie grundlegende Verhaltensregeln für eine aufmerksame Unterrichtsteilnahme drehen muss.

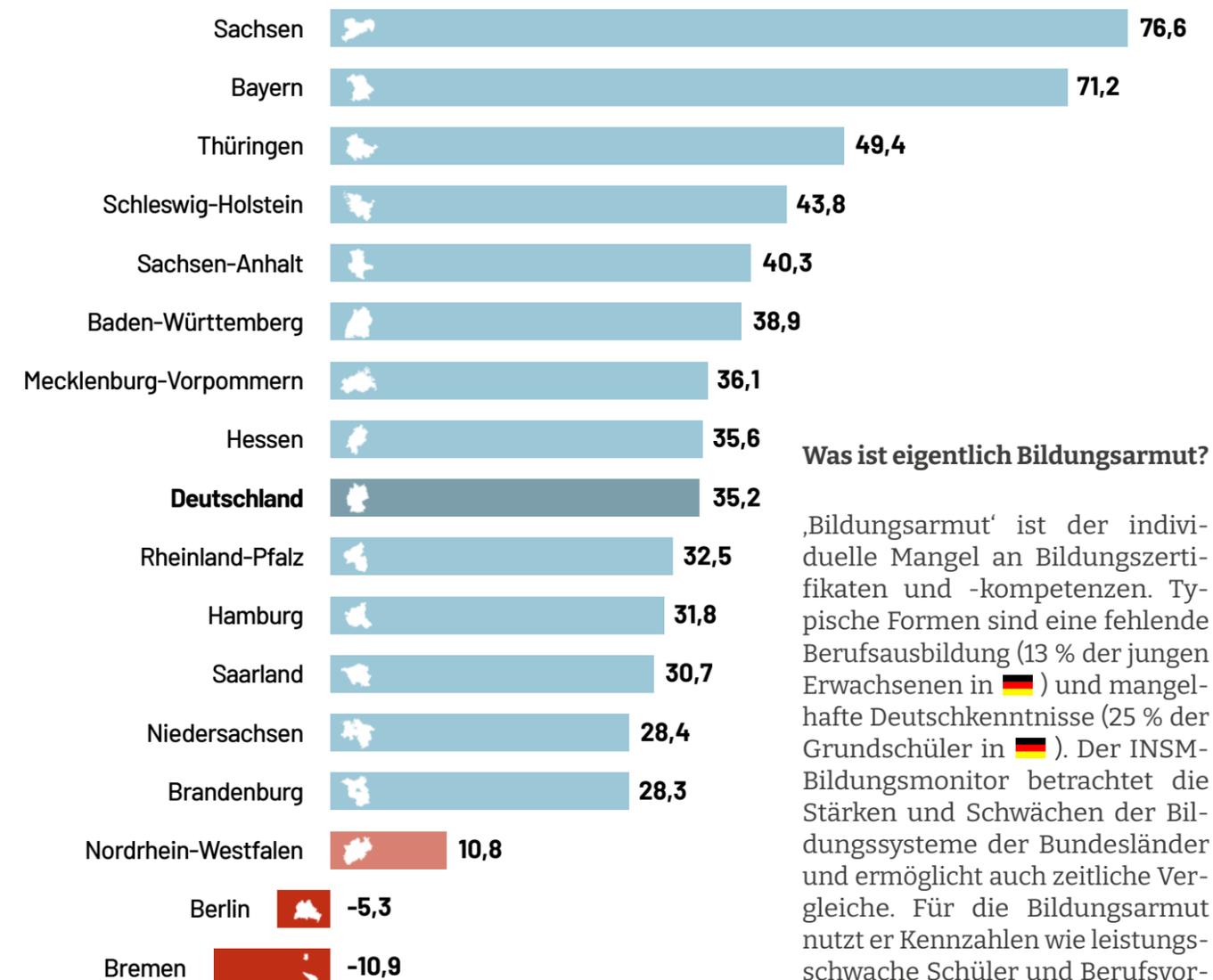
Wie die abgebildete Bildungsarmutsstatistik zeigt, bildet NRW zusammen mit Berlin und Bremen

das Schlusslicht. Verwunderlich also, dass sich Plenardebatten kaum noch um ernsthafte Problemlösungen drehen. Man befasst sich lieber mit den angeblichen Vorteilen der Mehrsprachigkeit, des neusten Euphemismus für fehlende Deutschkenntnisse. Kinder mit 'internationaler Familiengeneration' sprechen nicht mehr

kein Deutsch – ihre Sprachkompetenzen müssen lediglich 'neu eingeordnet' werden. Knapp 63 % der zugewanderten Schüler gaben in der jüngsten PISA-Studie an, zu Hause meist kein Deutsch zu sprechen. Nun sieht die inklusive sozialdemokratische Lösungsstrategie einfach die Verminderung oder gar den Wegfall der Bewer-

tungskriterien in Deutsch vor. Die AfD steht für Leistungsprinzipien, eine Fokussierung der Basiskompetenzen und den Erhalt der deutschen Sprache als wichtigsten Bestandteil von tatsächlicher Integration. Ein Abrücken von diesen Grundsätzen führt unweigerlich zum weiteren Verfall unserer Bildung.

Bewertung der Bildungsarmut in den Bundesländern nach dem Bildungsmonitor (in Punkten / Quelle: INSM, ©Statista 2024)



Was ist eigentlich Bildungsarmut?

„Bildungsarmut“ ist der individuelle Mangel an Bildungszertifikaten und -kompetenzen. Typische Formen sind eine fehlende Berufsausbildung (13 % der jungen Erwachsenen in ) und mangelhafte Deutschkenntnisse (25 % der Grundschüler in ). Der INSM-Bildungsmonitor betrachtet die Stärken und Schwächen der Bildungssysteme der Bundesländer und ermöglicht auch zeitliche Vergleiche. Für die Bildungsarmut nutzt er Kennzahlen wie leistungsschwache Schüler und Berufsvorbereitungs-Abschlüsse.



CHRISTIAN LOOSE, MDL
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
SPRECHER FÜR WIRTSCHAFTS-, INDUSTRIE- UND ENERGIEPOLITIK

ThyssenKrupp: GEHEN 13.000 ARBEITSPLÄTZE unter im ‚Champagner der Energiewende‘?

Er ist teuer, nicht überall zu bekommen und entsteht durch ein komplexes Herstellungsverfahren. Das verbindet Champagner mit dem sogenannten ‚grünen‘ Wasserstoff, der mittlerweile in Duisburg die Rolle des tragischen Helden im Drama der ‚Energiewende‘ einnimmt.

Bei ThyssenKrupp Steel Europe soll er das Verfahren der Stahlherstellung revolutionieren. Dort sollen als Ersatz für die heutigen Hochöfen Direktreduktionsanlagen entstehen. Statt Koks soll künftig Wasserstoff Eisenoxide im Prozess der Roheisenherstellung reduzieren. Das würde die Herstellung von ‚klimaneutralem‘ Stahl ermöglichen, so die Befürworter dieser Umstellung.

Der aufwendige und teure Herstellungsprozess dieses Wasserstoffs wird dabei weiter kompliziert, weil er mit Hilfe von Wind- und Solarstrom erzeugt werden soll. Nur dann gilt er als ‚grün‘.

Wie sieht der Weltmarkt für Stahl aus?

China ist mit Abstand der größte Stahlproduzent, mit rund einer Milliarde Tonnen pro Jahr. Es folgt Indien mit rund 140 Mio.

Tonnen, auf dem siebten Platz dann Deutschland mit 35 Mio. Tonnen. Stahl hat aktuell einen Weltmarktpreis von 650 Euro/Tonne. Beim traditionellen Produktionsverfahren mit der Verwendung von Koks zur Reduktion von Eisenoxiden belaufen sich die reinen Herstellungskosten auf 300 Euro/Tonne.

Was macht Deutschland?

Deutschland weiß es ‚besser‘ und zwingt unsere Industrie, auf das geschilderte Direktreduktionsverfahren mit ‚grünem‘ Wasserstoff umzustellen. Die reinen Herstellungskosten verdoppeln sich dadurch von 300 auf mindestens 600 Euro/Tonne (gemäß einer Studie im Auftrag der Bundesregierung). Der Verkaufspreis müsste dementsprechend bei rund 950 Euro/Tonne liegen gegenüber 650 Euro/Tonne beim Stahl aus China, Indien oder auch Japan.

Geht es wirklich um Kohlenstoffdioxid?

Ginge es wirklich um CO₂, würde man das kostengünstigste Verfahren wählen. Denn es gibt verschiedene Möglichkeiten, CO₂ einzusparen: Bäume könnten gepflanzt werden, womit der Stahlpreis von 300 auf lediglich 315 Euro stiege. Man könnte

auch das CO₂ abscheiden – diesen Weg verfolgt Belgien. Damit steigt der Preis auf ca. 400 Euro pro Tonne Stahl. Aber nein, Deutschland wählt das teuerste Verfahren der Welt.

Warum verfolgt ThyssenKrupp diese selbstmörderische Produktpolitik?

ThyssenKrupp erhält 2 Milliarden Euro Steuermittel unserer hart arbeitenden Bevölkerung als Subvention für die Umstellung des Verfahrens. Vor dem Hintergrund, dass man den gesamten Konzern mit seinen rund 100.000 Mitarbeitern derzeit für ca. 2 Milliarden Euro kaufen kann (der aktuelle Börsenwert des Konzerns), mutet es geradezu irrsinnig an, allein der Stahlsparte 700 Millionen Steuer-Euro des Landes Nordrhein-Westfalen und weitere 1,3 Milliarden Steuer-Euro des Bundes an Subventionen zu zahlen.

Reicht das Geld für den Komplettumbau?

2 Mrd. Euro reichen gerade einmal, um einen einzigen der fünf Hochöfen umzurüsten – nur um dann Stahl für 600 statt bisher 300 Euro herzustellen, aber eben mit dem Label ‚grün‘. Für

die anderen Hochöfen bräuchte ThyssenKrupp weitere 8 Milliarden Euro. Doch wer soll das Geld zur Verfügung stellen?

Würden Sie 8 Milliarden Euro in eine Teilsparte eines Konzerns investieren, der insgesamt nur 2 Milliarden Euro wert ist?

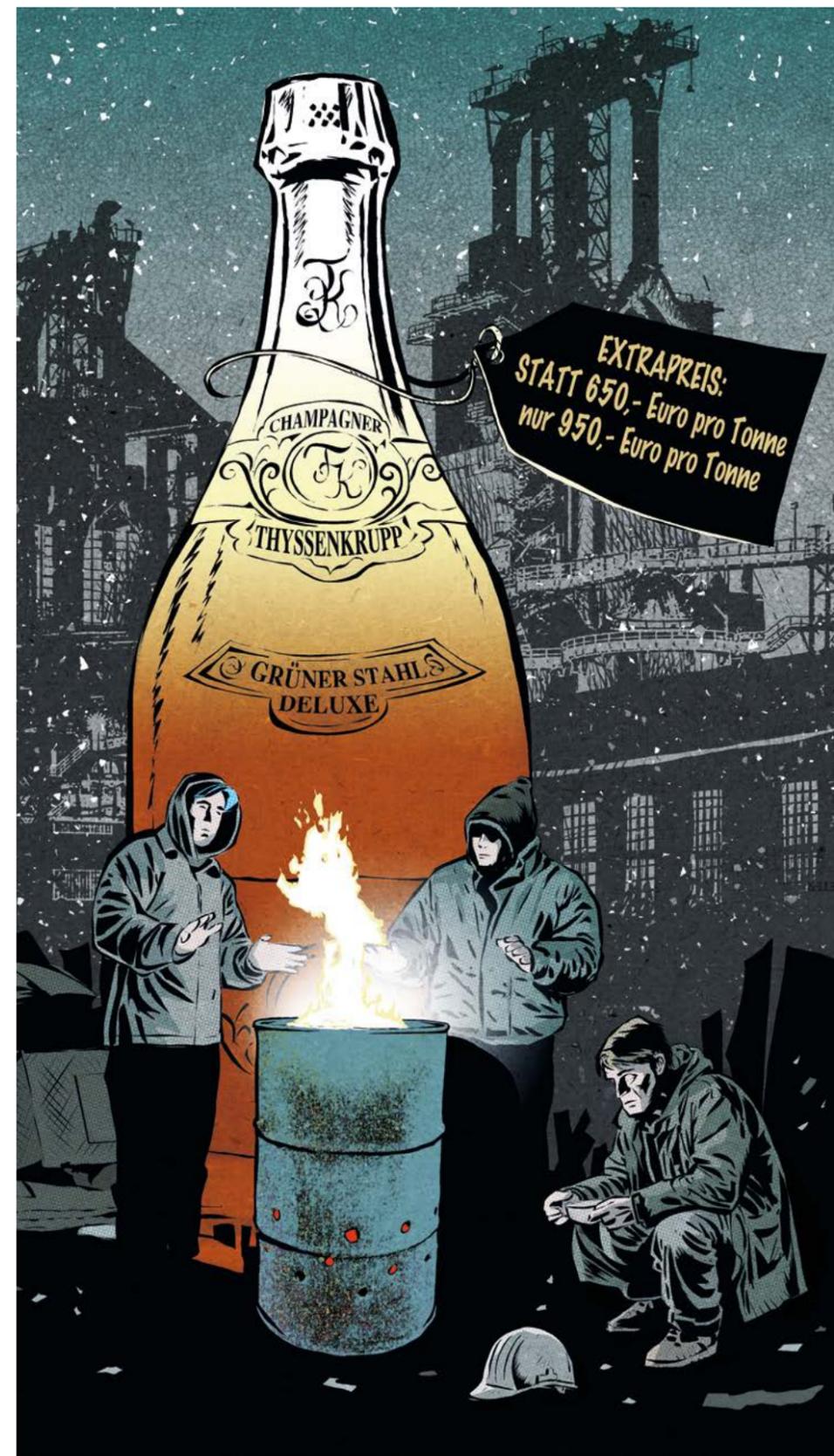
Wer kauft ‚grünen‘ Stahl, der doppelt so teuer ist?

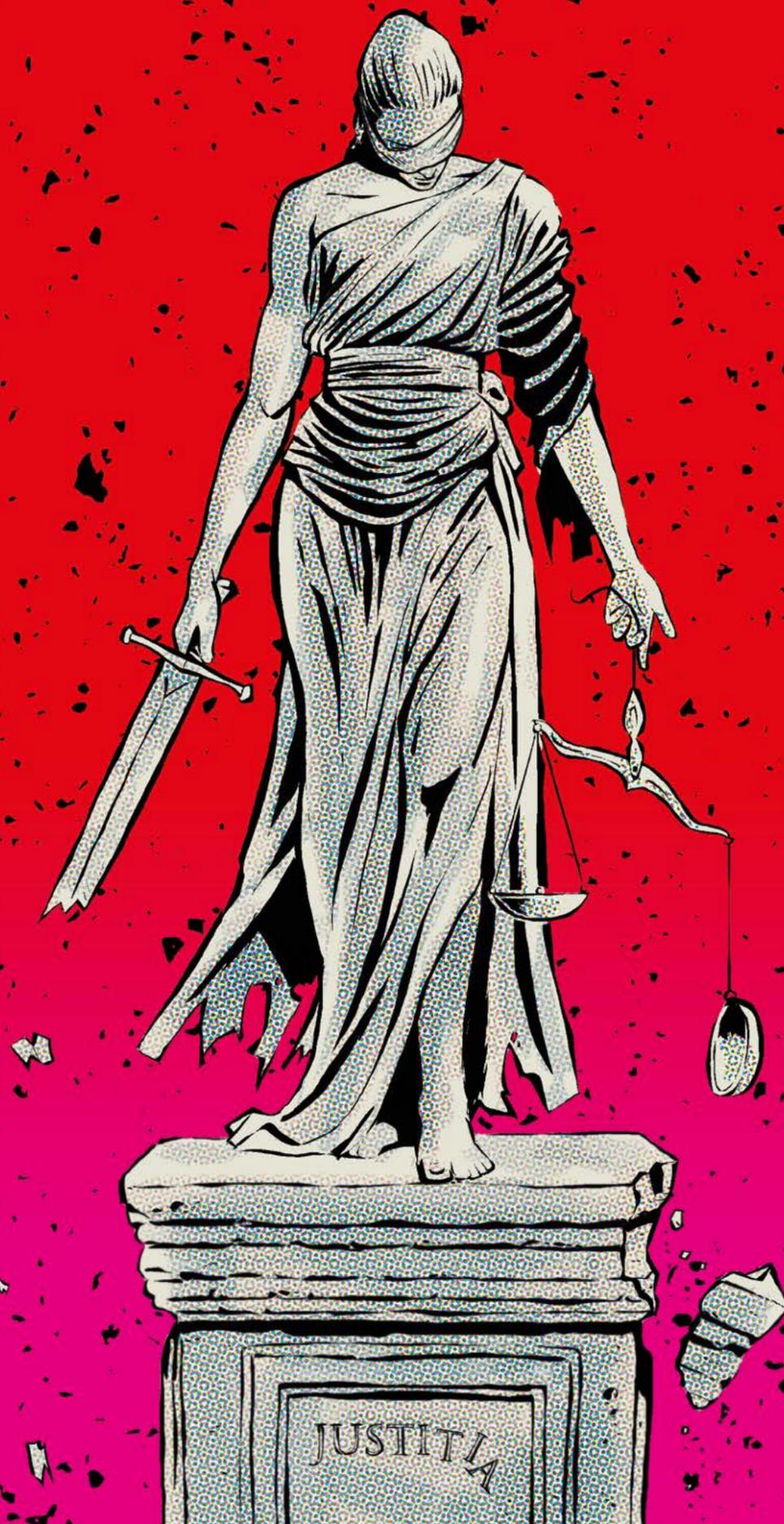
Robert Habeck, Hendrik Wüst und Mona Neubaur wollen die deutschen Bürger und Unternehmen einfach zwingen, den teuren ‚grünen‘ Stahl zu kaufen. Es soll Quoten geben, so dass bei jedem Projekt ‚grüner‘ Stahl zugekauft werden muss. Dadurch wird der Brückenbau teurer, der Hausbau teurer und auch der Autobau wird teurer – zumindest solange, bis den deutschen Bürgern das Geld ausgeht!

Zukunft des ‚grünen‘ Stahls?

Noch immer sind SPD, CDU, FDP und Grüne sowie die SPD-nahen Betriebsräte Treiber dieses zwanghaften Umbaus – ganz zum Schaden der Arbeiter.

Inzwischen ist klar, dass die Umstrukturierungen bei ThyssenKrupp Steel bis zur Hälfte der insgesamt 26.000 Arbeitsplätze kosten werden. Unsere Hoffnung ist, dass bei den Arbeitern und den Unternehmensvertretern rechtzeitig die Erkenntnis erwächst, dass nur die freie Wahl der Produktionsverfahren die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und damit unsere Arbeitsplätze erhalten kann. Denn eine starke Industrielandschaft ist ein wichtiger Eckpfeiler für ein Deutschland mit Freiheit, Wohlstand und Vernunft.





DR. HARTMUT BEUCKER, MDL
SPRECHER FÜR RECHTSPOLITIK

ÜBERLASTUNG IM RECHTSSTAAT:

Die Krise der Staatsanwaltschaften und Gerichte in NRW

Die Justiz in NRW, das Rückgrat des Rechtsstaats, ist in schlechtem Zustand. Das gefährdet nicht nur die Funktionsfähigkeit des Justizsystems selbst, sondern auch das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat.

Personalmangel als Hauptursache

Die größte Herausforderung ist der Personalmangel. Etwa 1.200 Richter- und Staatsanwaltsposten sind unbesetzt, was die Arbeitsbelastung enorm steigert. Bei den Staatsanwälten stapeln sich die Akten. Einige berichten von bis zu 200 Fällen je Monat. Das Missverhältnis zwischen Arbeitsaufkommen und Personal hat Folgen für die Strafverfolgung: Strafverfahren ziehen sich hin. Täter können sich ‚wegducken‘ oder Strafmilderung erlangen. Wenn die Strafe nicht auf dem Fuße folgt, wird ihre abschreckende Wirkung geschwächt, weil dazu die direkte Verbindung zwischen Tat und Strafe nötig ist. Seit Jahren gibt es immer mehr unerledigte Strafverfahren, zum 30. Juni 2024 waren es 238.872. Das Personalproblem wird durch die bevorstehende Welle von Pensionierungen noch verstärkt. Die Langsamkeit der Justiz sorgt für Frustration und kann dazu führen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in das Justizsystem weiter schwindet.

Veraltete IT-Infrastruktur verschärft die Krise

Obwohl die elektronische Aktenführung eingeführt ist, wird vieles noch manuell abgewickelt. Das verlangsamt die Justizprozesse und behindert ihre Effizienz. Statt unter längst überholten Bedingungen arbeiten zu müssen, könnten moderne IT-Systeme die Justiz erheblich entlasten, doch es fehlt das Geld für Investitionen.

Nachwuchsmangel und Sparmaßnahmen

Außerdem fehlt qualifizierter Nachwuchs, und zwar nicht nur für die Staatsanwaltschaft, sondern auch für die Rechtspfleger und Amtsanwälte. Während Bayern und Baden-Württemberg bei Gehalt und Arbeitsbedingungen punkten, hinkt NRW hinterher. Viele Staatsanwälte haben gegen ihre Besoldung Widerspruch eingelegt, und die Unzufriedenheit wächst. Die geplanten Sparmaßnahmen der Landesregierung verschärfen das Problem. Statt mehr Referendare einzustellen, werden es weniger – ein fatales Signal für die Zukunft der Justiz.

Der Weg aus der Krise

Um die Justiz wieder handlungsfähig zu machen, sind Reformen nötig. Mindestens 285 zusätzliche Stellen bei den Staatsanwaltschaften sowie eine Besoldungserhöhung für Richter und Staatsanwälte wären erste Schritte. Auch die Modernisierung der IT-Infrastruktur ist dringend erforderlich, wofür der IT-Haushalt um 25 Prozent erhöht werden müsste.

Diese Misere gefährdet nicht nur die Funktionsfähigkeit der Justiz, sondern schwächt den gesamten Rechtsstaat. Wenn Verfahren weiter verschleppt werden und die Strafverfolgung ineffizient bleibt, droht die Justiz ihre zentrale Rolle als Hüterin von Recht und Gerechtigkeit zu verlieren. All das liegt an der Regierung: Der Justizminister kann in der Ministerrunde keine Verbesserungen herausholen und der Ministerpräsident sieht die Gefahren nicht – oder möchte lieber grünen Stahl bei ThyssenKrupp subventionieren.



DER KAMPF UM DIE LUFTHOHEIT ÜBER DEN KINDERBETTEN

Kinderrechte als schleichender Angriff auf elterliche Rechte



ZACHARIAS SCHALLEY, MDL
SPRECHER FÜR FAMILIEN-, KINDER- UND JUGENDPOLITIK

Kinderrechte ins Grundgesetz – ein Satz, der uns in den letzten Jahren immer wieder gepredigt wurde, sowohl in politischen als auch gesellschaftlichen Debatten.

Jüngst machte die Aktion #KINDERstören von ARD und WDR die Runde. Mit einer spektakulären Programmunterbrechung zur Primetime wurde der Tatort verschoben, um den Fokus auf die Anliegen von Kindern zu lenken. Die Medienkampagne thematisierte Missstände wie Kinderarmut, fehlende Kitaplätze und eben das vermeintliche Fehlen von Kinderrechten im Grundgesetz.

Während die Blockparteien bundesweit lautstark Kinderrechte ins Grundgesetz hieven wollen, wird man in NRW nicht müde, linke Prestigeprojekte aus den Ärmeln zu schütteln. So wird bereits fleißig an einer neuen Professur für Kinderrechte sowie einem ‚unabhängigen‘ Beauftragten für Kinderrechte gebastelt. Und wer könnte schon etwas dagegen sagen? Man verspricht uns mehr Schutz für unsere Kinder und unabhängige Instanzen, die sich für deren Rechte einsetzen und Missstände aufdecken.

Aber lassen Sie sich nicht an der Nase herumführen. Jedes Kind ist bereits jetzt wie ein Erwachsener Grundrechtsträger. Was auf den ersten Blick wie eine gutgemeinte Schutzmaßnahme für die Schwächsten unserer Gesellschaft wirkt, birgt bei genauerem Hinsehen weitreichende und fatale Konsequenzen.

KINDERRECHTE ALS TROJANISCHES PFERD

Die Einführung von Kinderrechten bedeutet nicht etwa ein ausgetüfteltes Schutzkonzept auf juristischer, kriminologischer oder pädagogischer Ebene. Tatsächlich will man mit Gummiparagrafen dem Staat eine nie dagewesene Macht über Familien geben.

Bisher sichert Artikel 6 des Grundgesetzes das natürliche Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen. Doch Begriffe wie Kinderrechte und Kindeswohl sind dehnbar, und der Staat kann damit unter dem Vorwand des vermeintlichen Kindeswohls zeitgeistige Verwirrungen auch gegen den Willen der Eltern durchsetzen.

Wenn beispielsweise Bildung als Kinderrecht definiert wird und Kitas als Bildungseinrichtungen gelten, könnte ihr Besuch ab dem ersten Lebensjahr zur Pflicht werden. Auch der Besuch von Ganztagschulen könnte unter so einem Deckmantel staatlich vorgeschrieben werden.

Oder noch krasser: Bei einer Geschlechtsumwandlung braucht das Kind bisher die Einwilligung der Eltern. Wenn der Staat unter Kinderrechten auch das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung fasst, könnte er dem Kind die Transition sowie alle Folgen, wie die jahrelange Einnahme von Medikamenten, auch gegen den Willen der Eltern erlauben.

Der Staat erhielte so die Befugnis, weit stärker als bisher in die Erziehung einzugreifen und zu definieren, was ‚das Beste‘ für das Kind sei. Dies könnte zur Folge haben, dass politische Behörden bei vermeintlichen Verletzungen der Kinderrechte in die Autonomie von Familien eingreifen und sogar Kinder aus Familien nehmen könnten – völlig unabhängig von den Werten und Vorstellungen der Eltern.

Schon jetzt attackieren die Jugendämter quasi jedes Elternpaar, das seinem schulisch indoktrinierten Sohn ausredet, eine Tochter zu sein und sich einer Hormonbehandlung zu unterziehen. Nicht auszumalen, was passieren würde, wenn

WEITER »»»

man es den gierigen Griffeln des Staates noch leichter machen würde, Familien zu zerstören. Was sich also zunächst als mehr Schutz für Kinder schmückt, birgt in Wahrheit das Risiko einer schrittweisen Erosion der elterlichen Rechte.

Überraschend sind diese Entwicklungen nicht. So lassen sich die wahren Ziele des Polit-Establishments kaum noch verschleiern. Olaf Scholz hat bereits 2002 in seiner damaligen Funktion als SPD-Generalsekretär Eltern regelrecht den Krieg erklärt, indem er „die Lufthoheit über den Kinderbetten“ erobern wollte. Der aktuelle Angriff erfolgt nun in Form von Kinderrechten.

SEXUALERZIEHUNG IN DER KITA - FRÜHE EINFLÜSSE UND BEDENKLICHE ANSÄTZE

Wozu staatliche Eingriffe in die elterliche Erziehung führen können, sehen wir am Beispiel der Sexualpädagogik, die mittlerweile in vielen Kindergärten fest verankert ist. Hinter dieser Pädagogik stehen Ansätze, die auf den Theorien des stark umstrittenen Sexualwissenschaftlers Helmut Kentler basieren.

Kentler vertrat die Auffassung, dass Kinder von Geburt an sexuelle Wesen seien und ihre sexuelle Lust mit ‚Lernen durch Tun‘ entwickelt werden müsse. So propagierte er, dass frühe sexuelle Erfahrungen für Kinder förderlich seien und sie ihre Sexualität durch Beziehungen zu Erwachsenen erkunden sollten. Seine pädosexuellen Fantasien fanden ihren Höhepunkt in Berlin, wo schwer erziehbare Kinder und Jugendliche in die Pflege von pädophilen Männern übergeben wurden – mit dem Wissen und der Unterstützung staatlicher Behörden.

Kentlers Theorien leben bis heute in Form von sogenannten sexualpädagogischen Konzepten

weiter. Diese Konzepte, die von den Bildungsgrundsätzen in NRW sowie dem Kinderbildungsgesetz getragen werden, beinhalten umstrittene ‚Aufklärungsmethoden‘ wie „Nackt-Spiele“, „Anfasstabellen“ oder sogar „Masturbationsräume“. Sogar Broschüren zur Sexualaufklärung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung verwenden Formulierungen, die fast identisch mit denen Kentlers sind. Nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass der ehemalige Präventionsberater der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Uwe Sielert ein alter Freund von Kentler war.

Zurecht stoßen diese Konzepte auf heftige Kritik – nicht nur von besorgten Eltern, sondern auch von Kinderschützern. Diese Art der Sexualerziehung verwischt nicht nur die Grenze zwischen Kindheit und Erwachsenenwelt, sondern kann sexuelle Übergriffe durch Erwachsene und unter Kindern selbst begünstigen. Solche Ansätze zerstören damit die natürlichen Schamgrenzen der Kinder und berauben Kindergärten ihrer Funktion als kindliche Schutzorte.

AfD ALS VERTEIDIGER DER ELTERNRECHTE

Während also die selbsternannten demokratischen Blockparteien Kinderrechte und den damit verbundenen staatlichen Einfluss in die elterliche Erziehung vorantreiben wollen, positionieren wir uns als AfD klar als Schützer der Kinder und Verteidiger der Elternrechte. Wir setzen uns entschieden gegen die staatliche Übernahme der ‚Lufthoheit über den Kinderbetten‘ ein. Die Erziehung der Kinder gehört in die Hände der Eltern, frei von staatlicher Bevormundung und ideologischen Konzepten.

Unser Standpunkt bleibt klar: Nein zu Kinderrechten im Grundgesetz – Ja zur Familie!





CARLO CLEMENS, MDL
SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

INNENSTÄDTE nachhaltig attraktiver machen!

Die Innenstädte und Ortszentren in Nordrhein-Westfalen stecken in der Krise. Viele einst florierende Einkaufsstraßen sind heute tote Orte – Ein-Euro-Läden, Shisha-Bars, Wettbüros und zwielichtige Spielhallen reißen sich aneinander. Leerstände haben zugenommen, vielerorts ist die Verwahrlosung des öffentlichen Raums unverkennbar. Hierfür gibt es viele Ursachen: veränderte Konsumgewohnheiten durch Globalisierung und Digitalisierung, hohe Mieten und Nebenkosten für Ladenbetreiber, künstliche Parkraumverknappung und teure Parktickets, dadurch weniger Laufkundschaft. Oder auch schlichtweg die sinkende Kaufkraft der Bürger durch Inflation und Preissteigerungen auf allen Ebenen.

Viele der Missstände sind politisch verursacht, etwa durch eine verfehlte Energie- und Verkehrspolitik. Folgerichtig versagen die regierenden Parteien vielerorts bei der Lösung der Probleme. Für den grün dominierten Zeitgeist zählen in puncto Stadtentwicklung vor allem Ladestationen für E-Bikes, verwelkende Pflanzkübel auf Parkplätzen oder aufgepinselte Radwege. Für ein ganzheitliches Konzept fehlen oft Bewusstsein und Wille. Die vielen Kleinmaßnahmen führen nicht weiter, weil sie nichts grundsätzlich an der strukturellen und ästhetischen Misere unserer Innenstädte ändern.

Dem entgegen treten wollte das Landesförderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Orts-

zentren“, das mit 35 Millionen Euro ausgestattet wurde. Das Programm wurde von der vorigen Landesregierung als Hilfe während der Corona-Maßnahmen ins Leben gerufen. Lockdowns und die dadurch befeuerte Zunahme des Onlinehandels hatten dem Geschäftsleben derart zugesetzt, dass finanzielle Ausgleichsmaßnahmen notwendig schienen. Die Situation hat sich nach der Aufhebung der Corona-Maßnahmen aber nicht signifikant verbessert. Infolge der außenpolitischen Konflikte und der CO₂-Bepreisung kamen höhere Energiekosten auf die Geschäfte zu. Zusammen mit steigenden Mieten, einer anhaltenden Konsumflaute und den strukturellen Problemen von Kaufhausketten wie Galeria Kaufhof Karstadt entwickelte sich eine Krisensituation für die Innenstädte, aus der man nicht mehr herausfindet.

INNENSTÄDTE MIT GEFÖRDERTEN ,MÖBLIERUNGSELEMENTEN' ZUZUSTELLEN, SCHAFFT KEINE AUFENTHALTSQUALITÄT

Die Nachfrage war groß: Bis Mitte 2023 gingen 272 Anträge aus 173 Kommunen ein. Die Förder summe des Programms wurde voll ausgeschöpft. Bei vielen der geförderten Maßnahmen handelt es sich allerdings um kurzfristiges Blendwerk ohne nachhaltigen Effekt. Gefördert werden z. B. Showrooms und Pop-up-stores. Die können die verwaisten Schaufenster verlassener Kaufhäuser einige Monate bespielen, haben aber keine langfristige Wirkung. Auch Innenstädte mit geförderten ‚Möblierungselementen‘ zuzustellen, schafft keine Aufenthaltsqualität. Millionenbeträge werden zudem für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit in Aussicht gestellt – ein Sammelurium kosmetischer Maßnahmen, durch die sich nur wenig zum Positiven ändert.

Nein, es muss größer gedacht werden, um unsere

WEITER »»

Städte und Gemeinden zu retten! Denken wir nur an das Sterben der traditionellen Kaufhäuser. Seit der Nachkriegszeit wurde die einst kleinteilige Parzellenstruktur der Innenstädte zugunsten von Großkomplexen überplant. Teils hatte der Bombenkrieg Vorarbeit geleistet, teils wurde bestehende Altbausubstanz mutwillig abgerissen. Aus diesem Grund sind viele deutsche Innenstädte so hässlich. „Unsere Ansprüche an die Infrastruktur steigen stetig, zugleich sind wir aber immer weniger in der Lage oder auch willens, den Preis für ein Erscheinungsbild zu zahlen, das der Qualität des überlieferten Stadtraumes angemessen wäre“, beschreibt es treffend der emeritierte Architekturprofessor Hans Kollhoff in seinem Werk „Architektur. Schein und Wirklichkeit“.

Heute besteht die Chance, das in Teilen zu korrigieren, beispielsweise leerstehende Großstrukturen, ob Kaufhäuser oder Verwaltungsgebäude, durch kleinteilige Neubebauung zu ersetzen. Eine andere Möglichkeit ist der Umbau bestehender Substanz. Hierfür ist das Linden-Karree in Gelsenkirchen ein Beispiel. Das Hertie-Warenhaus wurde bereits 2009 geschlossen. Durch Bürgerinitiative wurden lokale Investoren gefunden, die das Gebäude von 2012 bis 2014 umbauen ließen. Die denkmalgeschützte Natursteinfassade blieb erhalten, dahinter wurde der Bau für eine vielfältige Nutzung durch Handel, Wohnen und Dienstleistungen aufgeteilt. Wohnungen haben

STILLGELEGTE INDUSTRIEBRACHEN, BAHNTRASSEN UND GEWERBEGEBIETE BIETEN POTENZIALE FÜR DIE STADTENTWICKLUNG

auch eine ökonomische und soziale Funktion zur Belebung der Innenstädte, gerade nach Geschäftsschluss. Stillgelegte Industriebrachen, Bahntrassen und Gewerbegebiete bieten eben-

falls Potenziale für die Stadtentwicklung. Käufer, Flaneure oder Touristen besuchen heute vorzugsweise Ortszentren, in denen sie sich wohlfühlen. Wer im Besuch einer Innenstadt keinen Mehrwert sieht, bestellt schnell online bei der Konkurrenz. Mit subventionierten bunten Sitzbänken ist da nichts gewonnen. Wir brauchen vielmehr Orte mit ansprechender kleinteiliger Architektur, die mehr Wert auf ihr Erscheinungsbild legen. Die Nieder-

WIR BRAUCHEN KEINEN IDEOLOGISCHEN KAMPF GEGEN DAS AUTOMOBIL, SONDERN DEN ENTSCHIEDENEREN KAMPF GEGEN VERWAHRLOSUNG

lande sind ein gutes Vorbild: Dort entstehen auch heute noch funktional gemischte Ortszentren mit ansprechender, regionaltypischer Gestaltung. Wir brauchen eine gepflegte Pflasterung der innerstädtischen Wege, keine billig mit Verbundsteinen oder Asphalt gefüllten Flächen. Schöne Orte sorgen für Wohlbefinden, Identifikation und die Bereitschaft, sich um den öffentlichen Raum zu kümmern.

Wir brauchen gepflegte Grünanlagen, die zum Miteinander anregen. Wir brauchen innerstädtische Einzelhandelsstrukturen mit guter Verkehrsanbindung, die nicht für Großzentren ‚auf der grünen Wiese‘ geopfert werden. Dazu gehört neben einem funktionierenden öffentlichen Nahverkehr und sicheren Radwegen auch die Möglichkeit, mit dem Auto zu angemessenen Preisen zu parken. Wir brauchen keinen ideologischen Kampf gegen das Automobil, sondern den entschiedeneren Kampf gegen Verwahrlosung, Müll und bedrohliche No-go-Areas! All das erreichen wir nicht durch ein bisschen Schminke, sondern nur durch den politischen Willen, viele Dinge grundsätzlich anders anzugehen als bisher.

3. Auflage
erhältlich!

20 Gründe



Mit mannigfaltigen
Abbildungen für ein
einfaches Verständnis.

MIT DEM LINKSSEIN
AUFZUHÖREN

MAXIMILIAN KNELLER

Blutdruck-Verlag UG (haftungsbeschränkt) - vertreten durch: Florian Müller und Hannes Plenge - Oberstraße 3 - 47829 Krefeld

HELFEN SIE IHREN VERWANDTEN BEI DEN
GUTEN NEUJAHRSVORSÄTZEN!

Politologe und Linksextremismusexperte

Maximilian Kneller konnte bereits tausenden

Menschen helfen, ihr Linkssein abzulegen.



Lieferbar über Amazon oder direkt beim Verlag bestellen:

www.kraut-zone.de/laden





Kulturkampf – von rechts?

Warum **EIN STÄNDIGES** Ringen um Standpunkte heute **EXISTENZIELL** ist

VON YANNICK NOE

Der Begriff ‚Kulturkampf‘ wurde erstmals von Rudolf Virchow, einem Vertreter der linksliberalen Fortschrittspartei, am 17. Januar 1873 verwendet. Damals ging es im neu gegründeten Kaiserreich um die Auseinandersetzung zwischen dem protestantisch geprägten Preußen und der katholischen Kirche. Seitdem kennzeichnet der Begriff die politische Auseinandersetzung über gesellschaftliche Streitfragen, die Werte, Moralvorstellungen und den Lebensstil definieren sollen. So erstreckt sich der aktuelle Kulturkampf mittlerweile auf nahezu alle Gesellschaftsbereiche, zunehmend sogar auf die Wissenschaft, Stichwort Corona, und auch auf die Wirtschaft, Stichwort ‚Degrowth‘.

Gesellschaft (nicht des Volkes!). Mit diesen Totschlagargumenten soll erreicht werden, dass nicht über bestimmte Themen kontrovers diskutiert wird – und dass die linke Hegemonie nicht in Frage gestellt wird. Dabei gibt es auch heute ein berechtigtes Ringen um die Deutungshoheit bei wichtigen gesellschaftspolitischen Themen – ein Tauziehen zweier gegensätzlicher Lager, was von unserer Seite aber nicht mit dem Absolutheitsanspruch verbunden ist, den einzig wahren und legitimen Standpunkt zu vertreten. Es ist vielmehr die Linke, die ausgrenzt, spaltet und ihre polarisierenden Wertvorstellungen der Mehrheit der Gesellschaft oktroyiert!

KULTURKAMPF VON RECHTS?

Von linker Seite wird gerne suggeriert, die politische Rechte kündige den gesellschaftlichen Konsens auf und Sorge für eine Spaltung der

DIE LINKE HEGEMONIE

Regelmäßige Begriffs- und Diskursverschiebungen des politisch-medialen Komplexes haben dazu geführt, dass die politische Linke heutzutage die Deutungshoheit für sich beanspruchen kann.

Dabei haben Gruppen wie die 1968er-Bewegung einen großen Anteil daran, dass sich die Linke im Besitz der einzig wahren und bislang unwidersprochenen Lesart wähnt. Dies zieht sich wie eine rote Linie durch zahlreiche gesellschaftspolitische Felder.

Im Prinzip geht es der Linken darum, die bürgerlich-traditionellen Werte umzudeuten und zu entwerten, um eine ‚progressive‘ Gesellschaft und einen ‚progressiven‘ Menschen nach ihren Vorstellungen formen zu können. Das zeigt sich in Polarisierungen: Feminismus gegen überlieferte Geschlechterrollen, LGBTQ-Bewegung gegen die traditionelle Familie, Frühsexualisierung unserer Kinder gegen klassische Moralvorstellungen, linke Geschichtspolitik gegen ein positives Verständnis der eigenen Identität und Herkunft, Multikulti-Propaganda gegen unsere deutsche Nation.

DIE BEGRIFFS- UND DISKURSVERSCHIEBUNG STOPPEN

Wer dem Durchschnittsbürger erklärt, das polit-mediale System verfolge die Dekonstruktion traditionell gewachsener Strukturen wie Familie, Volk und Nationalstaat, hat es indes schwer. Die Zivil-

gesellschaft wird von der Bundeszentrale wie folgt definiert:

„die Gesamtheit des Engagements der Bürgerinnen und Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind“.

Die politische Linke arbeitet aber sehr kleinteilig und oft kaum wahrnehmbar an der steten Begriffs- und Diskursverschiebung – eben bis in die Vereine und Verbände hinein. Oder wäre beispielsweise ein Minister der altherwürdigen Arbeiterpartei SPD noch in den 1980er-Jahren ernstgenommen worden, hätte er von der Existenz mehrerer Dutzend Geschlechter gesprochen? Heute macht sich ein SPD-Amtsträger dagegen verdächtig, bejubelt er die woke LGBT+-Kultur nicht ausreichend.

DEUTUNGSHOHEIT IM SINNE GRAMSCIS

Beim Kulturkampf geht es um die Deutungshoheit in der Zivilgesellschaft. Antonio Gramsci,

WEITER »»

italienischer Kommunist und politischer Gefangener der Faschisten, prägte den Begriff Zivilgesellschaft wesentlich. Er skizzierte den Kulturkampf vor 100 Jahren wie folgt:

„Die Eroberung der kulturellen Macht erfolgt vor der Übernahme der politischen Macht. Diese wird durch eine konzentrierte Aktion intellektueller „organischer“ Aufrufe erreicht. Sie infiltrieren jegliche Kommunikation, jede Ausdrucksform und die akademischen Medien.“

keit infrage stellt, ‚für das Klima‘ die deutsche Wirtschaft ruiniert,

Glücklicherweise kann heute jeder seinen Anteil an der Wiedergewinnung der Deutungshoheit einbringen – insbesondere auch alle Fraktionen und Mandatsträger der AfD

missliebige Meinungen ausgrenzt, die Sprache schleift, die Existenz des deutschen Volkes negiert, aber regelrecht einwanderungseuphorisch ist. Dem ist das autochthone Volk, das es etwa nach Habecks Auffassung gar nicht gibt, überdrüssig geworden.

JEDER IST AUFGERUFEN, TATKRÄFTIG MITZUWIRKEN!

Der existenzielle Kulturkampf tobt auf allen Ebenen, die Ideologisierung jeglicher Gesellschaftsthemen ist Realität. Glücklicherweise kann heute jeder seinen Anteil an der Wiedergewinnung der Deutungshoheit einbringen – insbesondere auch alle Fraktionen und Mandatsträger der AfD, sei es auf kommunaler oder überregionaler Ebene. Und das muss auch der Auftrag sein, der jeden von uns verpflichtet, der Einengung des Meinungskorridors, der Bevormundung durch den politisch-medialen Komplex, der täglichen medialen Manipulation, der Verdrehung biologischer Tatsachen und der Dekonstruktion von Volk und Familie zu trotzen.

Es ist also von großer Relevanz, welche herrschende Meinung die Gesellschaft zu verschiedenen Themen einnimmt. Und da liegt die Chance für uns, denn die Unzufriedenheit der Bevölkerung, zumindest in der Bundesrepublik, war noch nie so groß, wie dies aktuell der Fall ist. So hat sich bei uns die Ampelkoalition als Regierung des radikalen Kulturkampfes entpuppt, die das Rad definitiv zu weit gedreht hat: Die Ampel ist ein von den Systemmedien flankiertes destruktives Bündnis, das die biologische Zweigeschlechtlich-

So hat sich bei uns die Ampelkoalition als Regierung des radikalen Kulturkampfes entpuppt, die das Rad definitiv zu weit gedreht hat

IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im LVR
Jannick Noe (V.i.S.d.P.),
Fraktionsvorsitzender
Kennedy-Ufer 2, Landeshaus
50679 Köln

<https://afd-im-lvr.de/>



AUS DER PRAXIS:

KAMPF ÜBER DIE DEUTUNGSHOHEIT

auch beim Landschaftsverband RHEINLAND

Im Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt es zwei kommunale Regionalverbände, den Landschaftsverband Rheinland (LVR) und den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Der LVR ist ein Verband der 13 kreisfreien Städte und Kreise im Rheinland sowie der StädteRegion Aachen. Mit seinen 41 Schulen, zehn Kliniken, 20 Museen und Kultureinrichtungen, vier Jugendhilfeeinrichtungen, dem Landesjugendamt sowie dem Verbund Heilpädagogischer Hilfen erfüllt der Verband Aufgaben, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Zudem verfügt er über 22.000 Beschäftigte. Der LVR gilt in der Öffentlichkeit als unbekannter Riese, obwohl sein Haushalt knapp fünf Milliarden Euro umfasst.

Natürlich wird in den Gremien des LVR auch Politik betrieben: Geht es vordergründig um Kulturpflege, den Unterhalt von Krankenhäusern oder Bildungseinrichtungen wie Museen, widersetzt sich die AfD-Fraktion im LVR auch fortwährend der politischen Deutungshoheit der Etablierten.

So fordert sie die Priorisierung von rheinischer Heimat- und Brauchtumpflege statt ideologischer Multikulti-Projekte. Auch mehr Gerechtigkeit und kürzere Bearbeitungszeiten für Corona-Impfgeschädigte bei den zuständigen LVR-Stellen ist ein Anliegen der sechsköpfigen Fraktion, das ansonsten nicht gewürdigt wird. Natürlich ist der Kampf gegen das Gendern, gegen Frühsexualisierung und LGBTQ-Propaganda in LVR-Kindergärten und Schulen sowie für ein korrektes Amtsddeutsch nach den gültigen Regeln des Rates für deutsche Rechtschreibung ein Dauerthema im LVR.

Dem umsichtigen Umgang mit öffentlichen Geldern, gegen die Verschwendung von Steuermitteln, sind wir besonders verpflichtet – auch mit Blick auf das von den anderen Parteien schamhaft beschwiegene preußische Erbe des LVR, der mit seiner Gründung im Jahr 1953 die Einrichtungen und Aufgaben des vormaligen Provinzialverbandes der preußischen Rheinprovinz übernahm.

ZUR PERSON

Yannick Noe, Historiker, Studium der Geschichtswissenschaften und Kunstgeschichte mit Masterabschluss, verheiratet, drei Kinder, seit rund zehn Jahren in verschiedenen Positionen in der AfD tätig, vorrangig als Fraktionsvorsitzender im Landschaftsverband Rheinland (LVR) und seit acht Jahren als Kreis-sprecher in Leverkusen. Familiär im Umfeld einer Verlags- und Medienagentur aufgewachsen, konnte er den Aufbau diverser Medienprojekte begleiten, darunter das Arcadi-Magazin, eine konservative Zeitschrift für junge Erwachsene, sowie AfD-nahe Publikationen wie Patria, Distel und Rheinländer.



MIT KRAFT UND AUSDAUER GEGEN grüne Wohlstandsvernichter

Im Gespräch mit **Dr. Christian Blex**

„Wie bist Du eigentlich so politisch geworden?“ – eine Frage, die im Kontext persönlicher Porträts von Abgeordneten Sinn macht, kann man sich bei unserem bildungspolitischen Sprecher eigentlich sparen. Er ist ein durch und durch politischer Mensch. Triffst man ihn morgens früh an der Straßenbahn in Düsseldorf, ist er stets auf Betriebstemperatur und hat ein politisches Thema auf den Lippen. Mit einer Energie, die ähnlich wie bei den von ihm geschätzten Kernkraftwerken nie auszugehen scheint, berichtet er von der unzuverlässigen Bahn, Zufallsbegegnungen mit ‚grünen Elsen‘ oder den neuesten Unsinnigkeiten schwarz-grüner Bildungspolitik.

Als der Autor dieser Zeilen vor ein paar Jahren mal wieder das Vergnügen einer gemeinsamen Bahnfahrt hatte, begingen wir beide das ‚Kapitalverbrechen‘, die FFP2-Maske nicht ordnungsgemäß zu tragen. Während Blex eine Brezel aß, trank ich Cola. Darüber mokierte sich schnell eine mitfahrende Dame. „Aber gnädige Frau, Sie wollen doch nicht, dass der junge Mann hier dehydriert!“, sagte er an einem kalten, nassen Novembermorgen über mein stark zuckerhaltiges Kaltgetränk und grinste neckisch zu mir herüber. Blex als unpolitischer Mensch? Unvorstellbar.

Als Bildungspolitiker versucht er nun auch auf der Makroebene, grüne Rabulistik aus den Lehrplänen fernzuhalten.

Bevor der Münsterländer 2017 Landtagsabgeordneter wurde, war er als Lehrer tätig. Sein Arbeitsleben war auch vor der AfD nicht immer frei von Diskussionen. Im Physikunterricht erklärte er etwa den Schülern Funktion und Wirkweise von

Kernkraftwerken und war dabei offenbar nicht kritisch genug. Dies rief im Rahmen des Elternsprechtags eine eher Grünen-affine Mutter auf den Plan, die sich beim damals noch jungen Lehrer Dr. Blex beschwerte. Der aber wiegelte ab: Als Physiker könne er keine grüne Rabulistik in seinen Unterricht einbauen. Das Ende des Gesprächs ist leider nicht überliefert, war aber sicher von gegenseitigem Verständnis geprägt.

Als Bildungspolitiker versucht er nun auch auf der Makroebene, grüne Rabulistik aus den Lehrplänen fernzuhalten. „Das ist deutlich komplizierter als eine kleine Diskussion beim Elternsprechtag“, bekennt der 48-Jährige und ergänzt mit schelmischem Grinsen: „Und es gibt sicher Menschen, bei denen ich beliebter bin als bei Dorothee Feller (der NRW-Bildungsministerin, Anm. d. Red.).“

„Mit fehlender Beliebtheit beim Establishment kann ich gut leben, mit dessen schlechter Politik aber nicht: Schulen sollen die Kinder auf das Leben vorbereiten. Dazu gehört neben der reinen Wissensvermittlung auch, sie zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten heranreifen zu lassen. Die schwarz-grüne Bildungspolitik und ihre vermeintliche ‚Demokratieerziehung‘ will dagegen die Schüler für ihre linksliberale Sicht auf die Welt einspannen und nimmt immer offensichtlicher werdende Nachteile bei der Wissensvermittlung in Kauf.“

Bei all dem Ärger über grüne Politik scheint kaum Zeit für Entspannung zu bleiben, oder? Als wir Christian Blex an einem Spätsommertag bei sich zu Hause besuchen, spielt der Familienvater gerade mit seinen beiden Söhnen im Garten.

„Der Sport ist mein wichtigstes Hobby. Hier baue ich nicht nur physische Kraft auf, sondern auch psychische Ausdauer, die ich brauche, wenn ich im Plenum den Grünen zuhören muss.“



In Gegenwart von Frau und Kindern wirkt Blex ruhiger, nahbarer. Laut ihm müsse sich jeder so ein kleines Glück von seiner Hände Arbeit leisten können. „Wenn das Deutschen nicht mehr möglich ist, während man die halbe Welt hier alimentiert, läuft etwas grundlegend falsch!“

Der knallharte Politiker Blex hat eine empathische, sensible Seite, die er gut versteckt.

Während unseres Gesprächs kommt eine Katze an den Tisch. Blex streichelt sie vorsichtig, stellt ihr an diesem warmen Tag etwas zu trinken hin. „Die Kinder haben sie angefüttert. Wir haben sie dann quasi aufgenommen“, erzählt er. Von seiner Frau hört man später eine etwas andere Geschichte, in der Blex einen aktiveren Part einnimmt: „Er hat sich gekümmert, die Jungs haben geholfen.“ Der Hausherr geht verlegen lächelnd darüber hinweg. Zu nahbar will er dann doch nicht sein, man sieht aber: Der knallharte Politiker Blex hat eine empathische, sensible Seite, die er gut versteckt.

Blex ist nicht nur gebürtig aus Lippstadt, der Familienmensch wohnt bis heute in seinem Elternhaus,

wo sein Vater nach wie vor den Rasen mäht. „Mein ältester Sohn hat kürzlich bei der Mathe-Olympiade seines Gymnasiums als Jahrgangsbester abgeschnitten“, erzählt er und der väterliche Stolz scheint durch. Doch auch jenseits der Zahlen ist man im Hause Blex sportlich. Einen eigens eingerichteten Sportraum nutzt der Abgeordnete regelmäßig: „Wenn es die Zeit zulässt, kann man mich auch im Krafraum des Landtags antreffen. Der Sport ist mein wichtigstes Hobby. Hier baue ich nicht nur physische Kraft auf, sondern auch psychische Ausdauer, die ich brauche, wenn ich im Plenum den Grünen zuhören muss.“

Blex ist einer der am längsten amtierenden Kreisvorsitzenden der AfD, seit über elf Jahren. So gesehen ist der Hobbysportler auch ein Langstreckenläufer. „Das ist sonst nicht unbedingt meine Lieblingsdisziplin. Ich bevorzuge Krafttraining. Den Marathon Politik will ich aber irgendwann erfolgreich mit einer AfD-Regierung ins Ziel bringen.“ Die Kraft und Ausdauer, die es dafür braucht, hat er in jedem Fall.

Maximilian Kneller

Im eigenen Garten mit seiner Familie Zeit zu verbringen, sollte sich jeder von seiner Hände Arbeit leisten können, davon ist Christian Blex überzeugt.





ENXHI SELI-ZACHARIAS, MDL
STELLV. FRAKTIONS-VORSITZENDE
SPRECHERIN FÜR INTEGRATIONSPOLITIK

LANDESREGIERUNG NRW:

ZAHNLOSER TIGER BEI DER BEKÄMPFUNG DES FUNDAMENTALISTISCHEN ISLAMISCHEN?

Unter der Überschrift „Ein Dschihad in Europa“ kommentierte der Islamische Staat in seinem Newsletter Al-Naba die Anschläge von Solingen und führte aus: „Stellt euch vor, wie das Messer – das in keinem Haushalt fehlt – zu einer Quelle des Terrors und des Schadens geworden ist, die die deutsche Regierung jetzt sogar dazu veranlasst hat, ‚neue Einschränkungen für den Verkauf und Besitz von Messern‘ zu fordern und die spezifische Klinglänge auf ‚nicht mehr als sechs Zentimeter‘ zu begrenzen, in der Hoffnung, dass das Messer nicht in die inneren Organe ihrer Bürger eindringt.“ Weiter spottete der IS: „Es scheint, als hätten sie [die deutsche Regierung] die Hoffnung aufgegeben, die Angriffe verhindern zu können und sich daher entschieden, sich auf deren Regulierung zu beschränken.“ Fakt ist unzweifelhaft, dass mit teils debilen Regulierungen die allgemeine Hilflosigkeit kaschiert werden soll.

Der islamistische Anschlag in Solingen hat erneut bewiesen, wie schwach die Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des fundamentalistischen Islams aufgestellt sind. So hatte der Sicherheitsdienst im Zimmer des späteren Attentäters angeblich eine IS-Fahne gesehen. Eine Weitergabe dieser wichtigen Information an die Heimleitung, das zuständige Ministerium oder andere Behörden unterblieb aber offenbar. Auch die Ministerin konnte bzw. wollte nicht zur Aufklärung beitragen. Hoffen wir, dass auch das im Rahmen eines Untersuchungsausschusses geklärt wird.

Ähnlich ahnungslos ist die Landesregierung, wenn es um das Islamische Zentrum Solingen geht.

Diese Moschee, die als salafistisch geprägt gilt, hat unmittelbar nach dem Anschlag ihre gesamte Internetpräsenz gereinigt. Angeblich soll der Tatverdächtige Al-Hassan in ihren Räumen regelmäßig ein und aus gegangen sein und sich dort auch radikalisiert haben. Das Islamische Zentrum Solingen liegt nur ca. 300 Meter von der Asylunterkunft entfernt, in der er untergebracht war. Der spätere Tatort befindet sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe. Sogar das Bekennervideo wurde in derselben Straße aufgenommen.

Brisante Details zur Moschee hat der Journalist Irfan Peci auf seinem YouTube-Kanal aufgezeigt. So habe ein Imam Allah zur Vernichtung der „kriminellen Ungläubigen“ aufgerufen. Wer „Unzucht“ betreibe, solle gar Auspeitschung oder Steinigung befürchten.

Wie so oft kommen auch hier entscheidende Hinweise von Dritten, etwa den Diensten ausländischer Staaten, was auf schwach aufgestellte Sicherheitsbehörden oder falsche Prioritäten in Deutschland schließen lässt.

In diesem Zusammenhang irritieren Erkenntnisse, die unlängst im Zuge eines IS-Prozesses vor dem Landgericht Duisburg bekannt wurden. Der angeklagte Islamist hatte ein Attentat auf Michael Stürzenberger, den Vorsitzenden des Vereins PAX Europa, und den erwähnten Journalisten Irfan Peci geplant. Obwohl es Hinweise des BKA an die Polizei gab, haben es die Sicherheitsbehörden in NRW offenbar nicht für nötig erachtet, die gefährdeten Personen zu informieren. Beide erfuhren von der Bedrohungslage erst über die Presse. Irfan

WEITER »»

Der mutmaßliche Täter des Terroranschlags von Solingen wird am 25. August 2024 zum Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshof (BGH) überführt.

Quelle: picture alliance/dpa | Uli Deck



Peci erhielt auch später vom NRW-Staatsschutz keine Details. Das Innenministerium hüllt sich in Schweigen und lässt auch entsprechende Presseanfragen unbeantwortet.

Die aktuelle Anklage basiert darauf, dass der Islamist gegenüber einem IS-Mittelsmann in Syrien seine Bereitschaft erklärt habe, in Deutschland einen Anschlag zu begehen. Auch in diesem Fall kamen die Hinweise auf die mutmaßlichen Absichten des Angeklagten von einem ausländischen Geheimdienst.

Im Prozess ging es auch um das Aussteigerprogramm Islamismus (API) des Innenministeriums. Im Bericht eines Gerichtsreporters heißt es: „Nicht minder verstörend sind die unterschiedlichen Darstellungen zur Teilnahme von S. am Aussteigerprogramm Islamismus (API). So teilte dessen Verteidiger [G.] nach der Verhaftung von S. der Presse mit, sein Mandant habe für seine „Abkehr“ ein Belobigungsschreiben des Landesinnenministeriums erhalten. [...] Kritiker argwöhnen bereits seit Jahren, dass das nordrhein-westfälische Innenministerium Erfolge seiner kostspieligen Aussteiger- und Präventionsprogramme vorgaukelt, die es tatsächlich so nicht gibt.“

Besonders brisant ist dabei der Umstand, dass zwischenzeitlich zwei Mitarbeiter des Innenministeriums vom Gericht wieder als Zeugen abgefragt werden mussten, da ihr Arbeitgeber, Innenminister Reul, ihnen keine Aussagegenehmigung erteilt hatte. Dabei soll es sich um Mitarbeiter des Aussteigerprogramms Islamismus gehandelt haben.

Es stellt sich die Frage, inwiefern es hier etwas zu verheimlichen gibt, etwa zu dem Umstand, dass Tarik S. laut seinem Rechtsbeistand vom Weg-

Der 30-jährige Islamist Tarik S. steht beim Prozessauftakt neben seinem Rechtsanwalt. Laut Anklage soll er sich gegenüber einem IS-Mittelsmann in Syrien bereit erklärt haben, in Deutschland einen Anschlag zu begehen. Er wurde im Oktober 2023 festgenommen. Wie verschiedene Medien berichteten, soll er die Anklagebank grinsend betreten haben. Der Angeklagte muss auf den Fotos auf Anweisung seines Anwalts gepixelt werden. Landgericht Duisburg, 25. Juli 2024.

Quelle: picture alliance/dpa | Christoph Reichwein

weiser-Programm ein Belobigungsschreiben des Innenministeriums erhalten haben soll. Ein Staatsschützer vor Ort sagte wortwörtlich: „Wir wollten glauben, dass er deradikalisiert worden sei.“

In diesem Zusammenhang ist auch der Fall der Islamkritikerin Leyla Bilge von Relevanz, die sich auch in ihrem Heimatland aktiv für junge Frauen und Mädchen eingesetzt hat, teilweise mit privatem Geld. Sie erfuhr Ende August, dass bereits Anfang Juli eine Warnung über ein geplantes Attentat auf sie eingegangen sei.

Ein Anhänger des IS mit irakischer Herkunft, der in Frankreich als gefährlicher Straftäter registriert sein soll, plante wohl ihre Ermordung. Über einen Monat wusste Bilge nichts von dieser konkreten Bedrohungslage. Angeblich ließ sich ihr Wohnsitz nicht ermitteln. All das geschah, obwohl allgemein bekannt ist, wie gefährlich Islamkritiker in Deutschland leben. Mittlerweile hat Leyla Bilge Strafanzeige gegen die Kriminalpolizei Nordrhein-Westfalen gestellt.

Wir dürfen nicht dabei zuschauen, wie redliche Bürger, die von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch machen, von Islamisten mitten in Deutschland gejagt werden. Ich werde in dieser Angelegenheit auch nicht verstummen, weil ich diese Menschen auch persönlich kenne. Es darf nicht sein, dass engagierte Bürger, die seit vielen Jahren Aufklärung gegen den fundamentalistischen Islam betreiben, Islamisten wortwörtlich zum Fraß vorgeworfen werden. Der Schutz dieser Menschen sollte für uns alle und insbesondere für Innenminister wie Herbert Reul von oberstem Interesse sein – wenn ihnen etwas passiert, sind die verantwortlichen Amtsinhaber sonst nach aktuellem Kenntnisstand Mittäter.



V. l. n. r. Maxim Dyck MdLV (stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Udo Pöpperling (sachkundiger Bürger, kurz SB), Denis Pauli (SB), Andreas Janzen (SB), Michael Schlembach MdLV (Geschäftsführer), Sascha S. Menkhaus MdLV (Fraktionsvorsitzender), Kai Röchter (SB), Jan Preuß MdLV, Maximilian Kneller MdLV, Julian Hermneuwöhner (SB)

ERINNERUNGSKULTUR UM JEDEN PREIS?

Das Stalag 326 war bis 1945 ein deutsches Kriegsgefangenenlager in Ostwestfalen-Lippe. Dort soll nun eine fragwürdige Gedenkstätte errichtet werden. Sowohl in der Landschaftsversammlung des LWL als auch im Landtag wurde das Vorhaben Nationale Gedenkstätte Stalag 326 von den Altparteien durchgepeitscht. Die AfD stimmte als einzige Partei gegen das teure Mammutprojekt mit zweifelhaftem Anspruch.

Stalag 326 steht symbolisch für eine verantwortungslose Gigantomanie im LWL, wenn es um Prestigeprojekte geht. Bezahlen müssen das am Ende vor allem die Kommunen durch ihre Kostenbeteiligung über die steigende Landschaftsumlage.

Landschaftsumlage geht durch die Decke

Über eine halbe Million Euro wurden beispielsweise für die Renovierung eines Ausschusssimmers ausgegeben. Im Freilichtmuseum Detmold werden 57 Mio. Euro für ein modernistisches Eingangsgebäude in grüner Lehmbauweise verprasst,

und mit dem Stalag werden nicht nur die angrenzenden Kreise in OWL, sondern das ganze LWL-Gebiet mit Millionenkosten in zweistelliger Höhe und Hunderttausenden Euro Folgekosten belastet.

Es ist zu befürchten, dass den Besuchern nicht neutral das historische Geschehen präsentiert wird, sondern eine woke vorgefertigte Meinung zum ‚betreuten Betrachten‘ aufs Auge gedrückt wird – immerhin wird das später federführende LWL-Kulturdezernat grün geführt.

Die AfD-Fraktion im LWL setzt sich in der Landschaftsversammlung für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Steuermitteln ein – und damit gegen Ideologienprojekte sowie hemmungslose Ausgabenpolitik zu Lasten der deutschen Steuerzahler.

IMPRESSUM

AfD-Fraktion LWL
Sascha S. Menkhaus MdLV
kontakt@afd-lwl.de

Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48147 Münster
<https://afd-lwl.de/>





MARKUS WAGNER, MDL
STELLV. FRAKTIONS-VORSITZENDER
SPRECHER FÜR INNENPOLITIK

Terroristische Gefährder: Einordnung ohne Folgen und viele Fragen offen

Früher haben einem Linke ‚nur‘ verbieten wollen, stolz auf unser Land zu sein. Jetzt haben sie eine andere Masche. Heute machen CDU, SPD und Grüne eine Politik, die es einem schwer macht, auf dieses Land stolz sein zu dürfen. Unser Alltag besteht immer mehr aus Dingen, die nicht laufen. Und zu diesem Alltag gehören nun auch, dank CDU, SPD und Grünen, terroristische Gefährder.

Allein in NRW gibt es offiziell 464 potentielle Terroristen. Die Masse sind Islamisten, Salafisten, Dschihadisten. Auf die Anfrage, wie viel Prozent der terroristischen Gefährder seit 2015 abgeschoben wurden, antwortete die Landesregierung: „Eine Statistik im Sinne der Fragestellung liegt nicht vor.“ Und auf die Frage, aus welchen Herkunftsländern die nicht-deutschen terroristischen Gefährder stammen, lautete die Antwort ebenfalls: „Eine Statistik im Sinne der Fragestellung liegt nicht vor.“

Die Antworten stammen aus dem Haus von Josefine Paul. Die Ministerin ist politisch verantwortlich für die drei ermordeten Menschen und die Verletzten nach dem Solinger Attentat des Syrsers Issa al Hassan. Sie hat ihn nicht abgeschoben, so dass er hier morden konnte. Diese Josefine Paul wird von Hendrik Wüst im Amt gehalten. Ihr geht es um knallharte grüne menschenverachtende Ideologie. Denn was ist es anders als Menschenverachtung, wenn diese Landesregierung ihre Anti-Abschiebe-Ideologie über die Opfervermeidung stellt?! Und der Ministerpräsident lässt sie im Amt, wissentlich und willentlich, aus Machtopportunismus. Die Ideologin und der Opportunist.

Die Ausländerbehörden werden über den Status „terroristischer Gefährder“ nicht einmal automatisch informiert. Sie sind dadurch im Blindflug. Der doppelte Gipfel dieser gewollten Untätigkeit kommt dann auf die Nachfrage, welche Rechtsfolge für den Aufenthaltsstatus die Einstufung als „terroristischer Gefährder“ nach sich zieht. Die Antwort: „Die Gefährder-Einstufung als solche entfaltet aufenthaltsrechtlich keine Relevanz.“ Jemand kann hier ausländischer Terroraspirant sein, die zuständige Ausländerbehörde weiß nichts davon und mit einer Abschiebung ist das auch nicht ver-

VON IHR NICHT
ABGESCHOBEN

Quelle: picture alliance/dpa | Uli Deck



Quelle: IMAGO/Rainer Unkel



VON IHM NICHT
ABGESCHOBEN

bunden. Die Rede ist wohl gemerkt von potentiellen Terroristen. Auf die Nachfrage, um wirklich ganz sicherzugehen, ob sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass sich das ändert, lautete die Antwort: Nein, tut sie nicht. Es soll also keine Rechtsfolge für den Aufenthalt unter uns Bürgern haben, wenn man als potentieller Terrorist erkannt wird. Für uns als AfD ist klar: Wir werden die Abschiebung dieser menschlichen Zeitbomben umgehend zur absoluten Priorität erheben. Jeder einzelne von denen muss gehen, und zwar schnell.

Die Grünen verweisen gerne darauf, dass zwei Drittel der offiziell erkannten Gefährder Deutsche seien. Ich habe auch hier nachgefragt: Wer sind diese Deutschen? Die amtlichen Zahlen: Ein Drittel besitzt mehrere Staatsangehörigkeiten. Von den restlichen etwa 40 Prozent mit allein einem deutschen Pass habe ich die Vornamen erfragt.

Diese Vornamen wollte die Regierung uns lieber nicht geben. Allerdings haben wohl wir alle eine Ahnung davon, wie viele Hans und Peter heißen und wie viele Mohammed oder Hassan. In trauter Eintracht ist die selbsternannte ‚Gemeinschaft der Demokraten‘ also auch hier wieder als Gemeinschaft der Demontage unterwegs.

Die CDU öffnet die Grenzen, weiß nicht wer im Land ist – SPD, Grüne und FDP bürgern diese Leute dann im Schnellverfahren ein. Zu dieser Politik kann man nur sagen: Auch sie verdient die Abschiebung – die Abschiebung durch Wahlen.

Quelle: picture alliance/dpa/Revierfoto | Revierfoto



Bei der Boxweltmeisterschaft 2023 wird Imane Khelif (Algerien) wegen eines nicht bestandenen Geschlechtstests disqualifiziert. Bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris darf Imane Khelif starten – und gewinnt nach 46 Sekunden den Vorrunden-Achtelfinal-Boxkampf der Frauen bis 66 kg durch Aufgabe der Gegnerin Angela Carini (Italien). Paris, 1. August 2024.

Quelle: ANSA via ZUMA Press/Zuma Press



ANDREAS KEITH, MDL
SPRECHER FÜR SPORTPOLITIK

DIE OLYMPISCHEN SPIELE IN PARIS: Zur Projektionsfläche des woken Zeitgeists verkommen

Eine obszöne Eröffnungszeremonie, die nichts mit den Olympischen Spielen zu tun hatte, und biologische Männer, die gegen Frauen boxen: Olympia 2024 wird als eine der bizarrsten Großveranstaltungen in die Sportgeschichte eingehen. Aber wie konnte Olympia, einst Sinnbild des unermüdlichen Strebens nach sportlicher Exzellenz, derart korrumpiert werden?

Fakt ist, die Olympischen Spiele haben schon immer den Zustand des jeweiligen Landes reflektiert, das sie ausgerichtet hat. Das NS-Regime verwandelte sie 1936 in ein Propagandaspektakel, das den neuen Machthabern international Prestige verschaffen sollte. China nutzte die Spiele 2008, um sich als Wirtschaftsmacht in Szene zu setzen. In Frankreich standen dieses Jahr hingegen die üblichen, linkspolitisierten ‚Werte‘ im Vordergrund, nämlich Nachhaltigkeit, Toleranz, Vielfalt und Respekt – Begriffe, die mittlerweile zu ideologisch aufgeladenen Schlagworten ohne Inhalt verkommen sind.

Denn die Eröffnungszeremonie, die von Dragqueens, einem lasziv tanzenden Transgender-Model und einem fast nackten

Sänger präsentiert wurde, ließ jeden Respekt für das Christentum vermissen. Der Hauptakt beinhaltete eine Aufführung, die eine Anspielung auf das letzte Abendmahl von Leonardo da Vinci darstellte. Im Zentrum der Szene befand sich Barbara Butch, eine LGBT- und Fat-Acceptance-Aktivistin, die einen sonnenartigen Heiligenschein trug, der an traditionelle Darstellungen von Jesus Christus in der katholischen Kunst erinnerte. Kurz darauf postete sie eine Story, in der sie das „New Gay Testament“ feierte.

Paris hat gezeigt, dass Vielfalt und Toleranz nicht etwa für Meinungen und politische Ansichten gelten, sondern vor allem dann, wenn es darum geht, sexuelle Randthemen, die früher ein Tabu darstellten und als unsittlich oder obszön galten, gezielt in den Fokus der Allgemeinheit – auch von Kindern – zu rücken und sie damit zu normalisieren. Doch wehe dem, der Kritik an dem perversen Schauspiel äußerte!

Kritik war jedoch dringend angebracht, spätestens beim Boxkampf zwischen Imane Khelif aus Algerien und der Italienerin Angela Carini. Der Kampf dau-

erte nur 46 Sekunden, da Carini nach zwei schweren Schlägen aufgab – aus Sorge um die eigene Gesundheit. Khelif war bereits 2022 und 2023 vom Boxverband IBA infolge mehrerer unabhängig durchgeführter Bluttests disqualifiziert worden. Diese hatten zweifelsfrei festgestellt, dass Khelif über ein Y-Chromosom verfügt und somit ein biologischer Mann ist. Wie im November bekannt wurde, lagen seit 2023 zwei weitere medizinische Gutachten vor, laut denen Khelif mit innen liegenden Hoden geboren wurde. Der Geschlechtseintrag als Frau erfolgte somit irrtümlich. Das IOC erlaubte Khelif dennoch die Teilnahme als Frau, da allein das im Pass angegebene Geschlecht maßgeblich für die Zulassung zum Wettbewerb sei.

Diese Art von Sportpolitik wird gerne als inklusiv und vielfältig gefeiert – obwohl sie der Inklusion von Frauen in einen sicheren und fairen Sport nachweislich entgegenwirkt. Den Sportlern kann man dabei keinen Vorwurf machen. Verantwortlich sind die Mitläufer des IOC, die sich lieber vom politisch verordneten, linken Zeitgeist vereinnahmen lassen, anstatt für faire Wettkampfbedingungen zu sorgen.



DR. MARTIN VINCENTZ, MDL
 FRAKTIONSVORSITZENDER
 SPRECHER FÜR ARBEITS-, GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

AFFENPOCKEN

ALS TEST **Erfahrungen und Erkenntnisse für eine angemessene Gesundheitspolitik nutzen**

Mpox, früher bekannt als Affenpocken (Monkeypox Virus), ist in den letzten Jahren zunehmend in den öffentlichen Fokus gerückt. Ursprünglich war das Virus in bestimmten Regionen Afrikas verbreitet, seit 2022 hat es sich jedoch auch in Europa ausgebreitet. Mpox ist eine Zoonose, also eine von infizierten Tieren auf den Menschen übertragbare virale Infektionskrankheit.

Sie gehört zur Familie der Pockenviren und wird hauptsächlich durch unmittelbaren Kontakt mit infizierten Personen oder Tieren übertragen. Übertragungen von Mensch zu Mensch sind vor allem bei engem Kontakt möglich. Zu den häufigsten Symptomen gehören Fieber, Hautausschläge sowie geschwollene Lymphknoten. Die Infektionen verlaufen überwiegend mild, die Kontrolle der Ausbreitung bleibt aber von zentraler Bedeutung, insbesondere angesichts der Erfahrungen mit anderen Epidemien in der jüngeren Vergangenheit.

Aktuelle Situation in Europa

Die Fallzahlen von Mpox in Eu-

ropa sind uneinheitlich. Einige Länder, darunter Spanien und das Vereinigte Königreich, verzeichnen höhere Infektionsraten, während andere weitgehend verschont bleiben.

Diese Unterschiede verdeutlichen, dass es sich bei dem Virus nicht um eine hochansteckende Infektionskrankheit handelt, und angesichts dessen lassen sich die Bedeutung politischer Entscheidungen und öffentliche Gesundheitsstrategien hinterfragen. Dennoch hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 14. August 2024 eine „Gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“ (Public Health Emergency of International Concern, PHEIC) für Mpox erklärt, wie zuletzt im Jahr 2020 für das Corona-Virus.

Damit ist eine politische Reaktion auf mögliche Mpox-Ausbrüche in Europa ermöglicht worden und wird auch immer wahrscheinlicher. Das könnte u. a. eine Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme sein und präventive Maßnahmen, um zukünftige Ausbrüche zu verhindern, die Bereitstellung von Mitteln für Impfstoffe und

öffentliche Gesundheitsinitiativen, um die potentiell am stärksten gefährdeten Gruppen zu schützen. Gleichwohl muss die Regierung sicherstellen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung von Mpox die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährden. Eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Maßnahmen ist insbesondere im Hinblick auf die Corona-Pandemie unerlässlich, denn in der Vergangenheit waren die politischen Reaktionen reaktiv und nicht proaktiv. Anstatt umfassende Präventionsstrategien zu entwickeln, reagierten viele Regierungen erst auf steigende Fallzahlen, was den Eindruck einer unzureichenden Vorbereitung ver-

ES DARF KEINE BEVORMUNDUNG DES BÜRGERS MEHR GEBEN

mittelte. Die Maßnahmen erweckten den Eindruck, ohne Sinn und Verstand angewandt zu werden, mindestens jedoch mangels valider Datenbasis ohne Nutzen zu sein. Recht und Gesetz wurden ausgehebelt und der Bürger in seinen empfindlichsten Rechten beschnitten, die Gesellschaft gespalten und Fronten verhärtet. Die Masse an falschen Entscheidungen, welche die Corona-Politik beherrschten, darf jedoch nicht

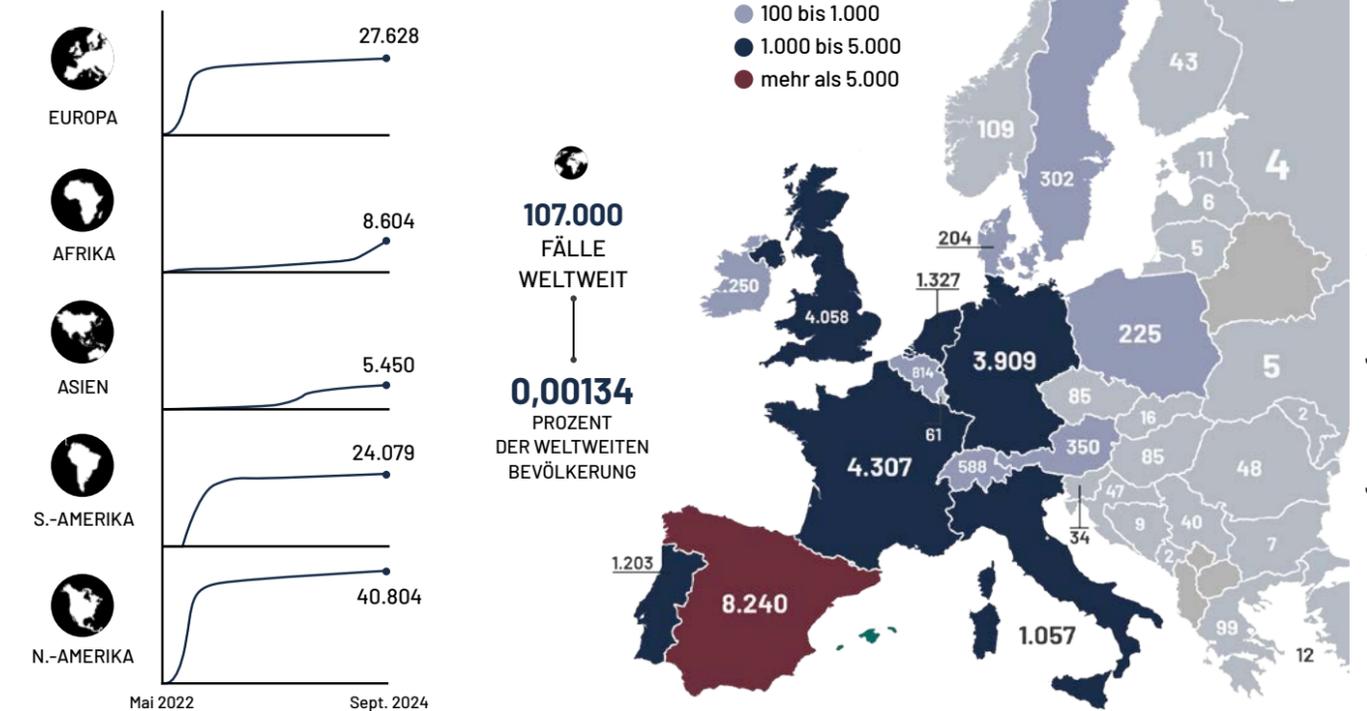
bekämpfen. Die politische Kommunikation muss klar, transparent und auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse geschehen. Kurzfristige Lösungen reichen nicht aus. Es braucht langfristige Strategien zur Eindämmung von Virusausbrüchen, die auch andere Infektionskrankheiten berücksichtigen, ohne dabei die Rechte der Bürger zu beschneiden.

Mpox bleibt eine ernsthafte Her-

schützen. Durch effektive Aufklärung und die Stärkung nationaler Gesundheitsstrategien kann die Kontrolle über die Situation behalten werden. Die Politik muss zugleich Lehren aus der Vergangenheit ziehen: Es darf keine Bevormundung des Bürgers mehr geben. Empfehlungen müssen Verordnungen ersetzen und die Eigenverantwortlichkeit eines jeden muss zu jedem Zeitpunkt im Fokus der öffentlichen Debatte

AFFENPOCKEN IN EUROPA UND DER WELT

Kumulative Verdachts- und Bestätigungsfälle:



Quelle: Weltgesundheitsorganisation - Our World in Data

zur Folge haben, die Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsschutzes zu verkennen.

Es besteht eine dringende Notwendigkeit, das Bewusstsein für Mpox zu schärfen und insbesondere Fehlinformationen zu

ausforderung für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und in Europa. Ein konsequentes und verantwortungsbewusstes Vorgehen der Politik ist entscheidend, um die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren und die Bevölkerung zu

stehen. Dabei ist eine kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden politischen Maßnahmen unerlässlich, um aus vergangenen Fehlern zu lernen und das Vertrauen der Bürger in die Gesundheitsstrategien zu stärken.

Das Reiterdenkmal in Windhuk erinnert an das koloniale Erbe Namibias und wurde 2013 gegen erhebliche Proteste aus der Bevölkerung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion abgebaut, obwohl es zu diesem Zeitpunkt noch den Status eines nationalen Denkmals hatte. Es wird nun seit über zehn Jahren an einer öffentlich nicht zugänglichen Stelle dem Verfall preisgegeben.



SVEN W. TRITSCHLER, MDL
STELLV. FRAKTIONS-VORSITZENDER
SPRECHER IM HAUPTAUSSCHUSS

NAMIBIA

EIN NOTWENDIGES GEDENKEN ERZEUGT EMPÖRUNG

Als ich im Juli 2024 in Swakopmund, Namibia, einen Kranz an einem deutschen Soldatengrab niederlegte, ahnte ich, dass das linken Kreisen nicht gefallen würde. Dass dieser schlichte Akt des Gedenkens eine Empörungswelle bis hin zum namibischen Botschafter und dem Landtagspräsidenten auslösen würde, überraschte dann doch. „Mit Ihrem Verhalten haben Sie dem Ansehen des Landtags Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zugefügt“, schrieb Landtagspräsident André Kuper (CDU) vermeintlich staatstragend in einem Drohbrief nach der Rückkehr nach Deutschland. Der namibische Botschafter protestierte gar bei der Bundesregierung gegen meine Geste.

Einseitiges Gedenken stand auf dem Programm

Was war geschehen? Eine Delegationsreise des Hauptausschusses des NRW-Landtags führte uns im Sommer 2024 nach Namibia. Im Fokus stand die „Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus“ mit Programmpunkten wie einer Kranzniederlegung am „Genozid-Mahnmal“ in Windhuk und dem Besuch des „Genozid-Museums“ in Swakopmund. Ich entschied mich, diesem einseitigen Programm nach Abreise der übrigen Abgeordneten einen weiteren Punkt hinzuzufügen: das respektvolle Gedenken an einen deutschen Soldaten, stellvertretend für alle, die im damaligen Deutsch-Südwestafrika ihr Leben ließen.

Namibia war von 1884 bis 1915 als Deutsch-Südwestafrika Kolonie des Kaiserreichs. Als im Januar 1904 das Volk der Herero aufbegehrte und etwa 140 deutsche Siedler tötete, reagierte das Reich mit militärischer Niederschlagung. Diese Maßnahmen werden von einigen, darunter dem CDU-Landtagspräsidenten, als „Genozid“, also als Völkermord bezeichnet.

Antikoloniale Ideologie

Warum Namibia von links – inklusive der CDU – fast nur noch im Kontext einer deutschen historischen Schuld behandelt wird, ist offensichtlich: Der deutsche Kolonialismus soll als Inbegriff des Bösen dargestellt werden. Genozid und Kolonialismus werden bewusst gleichgesetzt, obwohl der Kolonialismus gar nicht die Auslöschung ganzer Völker zum Ziel hatte. Im Gegenteil, es gab zahlreiche positive Aspekte.

Der US-amerikanische Kolonialismusexperte Professor Bruce Gilley nennt, um nur einige Beispiele zu nennen, Errungenschaften wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Abschaffung der Sklaverei, Berufschancen, effiziente Verwaltung, Infrastruktur, Frauenrechte, Schutz von Minderheiten, faire Besteuerung, Zugang zu Kapital, kulturelles Wissen und sogar die Entwicklung eines Nationalbewusstseins.

Doch all das wird heute systematisch ignoriert. Die so genannten „Postkolonialisten“, treffender Antikolonialisten, beschränken sich nicht nur auf die Umbenennung von Straßen, um sie ideologisch zu „dekolonisieren“. In meiner Heimatstadt Köln sollen beispielsweise Straßen, die nach deutschen Kolonialoffizieren benannt sind, verschwinden.

Ein tief verwurzelter nationaler Selbsthass treibt deutsche Linke und Antikolonialisten an. Sie stellen das eigene Volk und seine Geschichte radikal infrage. Es überrascht nicht, dass vor allem deutsche Antikolonialisten rückblickend einen weiteren deutschen Völkermord ausrufen: Die Ereignisse in Deutsch-Südwest ab 1904 werden als erster Genozid der Weltgeschichte und natürlich auch als eine Art Vorläufer des Holocausts gebrandmarkt.



Gedenktafel für die gefallenen Soldaten im Hof der Alten Feste in Windhuk



Der „Stein des Anstoßes“: Kranzniederlegung in Swakopmund

War es ein Völkermord?

Die These vom deutschen Genozid an den Herero und Nama hat in Deutschland mittlerweile einen halboffiziellen Status erlangt, und andere Bewertungen gelten als politisch unerwünscht. Die Bundesregierung spricht von einem „Völkermord aus heutiger Sicht“ – ein Hinweis darauf, dass es nach den Maßstäben der Zeit keiner war. Das Völkerrecht kannte 1904 den Begriff Genozid nicht. Erst nach dem Völkermord an den Armeniern 1915/16 entwickelten sich grundlegende humanitäre Regeln, die zunächst auf den europäischen Rechtsraum beschränkt waren.

Auch abseits juristischer Bewertungen spricht vieles dagegen, die Niederschlagung des Aufstands als Genozid einzustufen. Die berühmte Proklamation General von Trothas vom 2. Oktober 1904, die den erwachsenen männlichen Herero mit Vernichtung drohte, wurde in Deutschland heftig kritisiert und umgehend von der Reichsregierung widerrufen. Die Gräueltaten, die im Zuge der militärischen Aktionen geschahen und die niemand leugnet, sind meiner Meinung nach als Kriegsverbrechen einzuordnen, nicht als Genozid. Das ist ein entscheidender Unterschied: Die Genozidthese unterstellt einen systematischen Plan zur Auslöschung, während Kriegsverbrechen – so tragisch sie sind – individuelle Vergehen im Kontext eines Krieges darstellen.

Übrigens hat der Bundestag bis heute keinen Völkermord an den Herero und Nama anerkannt, anders als die Bundesregierung.

Arroganz der Gegenwart

Vielleicht sind diese geschichtspolitischen Debatten aber gar nicht der Kern der Sache. Wichtiger ist die grundsätzliche Frage, ob wir die Vergangenheit stets mit den Maßstäben der Gegenwart messen sollten. Ist es nicht anmaßend, unsere Vorfahren zu verurteilen, weil sie nicht unseren heutigen vermeintlich aufgeklärteren politischen Werten entsprachen?

Denken wir an die aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Ehemalige Soldaten, die – wie ich – selbst im Einsatz waren, können sich fragen, wie man in Zukunft über uns denken wird. Werden künftige Politiker und Landtagspräsidenten in 100 Jahren ein ebenso hartes Urteil fällen über die Bundeswehrsoldaten, die heute auf Befehl der deutschen Regierung ihr Leben riskieren? Und wenn ja, sollten wir ihnen dann auch das respektvolle Gedenken verweigern?

Ich kann diese Frage nur vor mir und meinem Gewissen als Abgeordneter beantworten. Und mein Gewissen sagt mir, dass es nicht nur richtig war, den eigenen toten Soldaten zu gedenken, sondern dass jeder anständige deutsche Volksvertreter dies tun sollte. Man kann nicht aus der Geschichte austreten. Unsere Ahnen, die aufgrund der Entscheidungen deutscher Politiker ihr Leben verloren haben, verdienen Besseres als deutsche Politiker, die sie boykottieren und sogar Drohbriefe an jene schreiben, die noch einen Funken Anstand und Pietät in sich tragen.



Am früheren Standort des Reiterdenkmals steht nun das „Unabhängigkeits-Gedenkmuseum“, das ebenso wie das „Genoziddenkmal“ von nordkoreanischen (!) Unternehmen errichtet wurde. Der Standort wurde 1993 von Leutweinstraße (nach dem deutschen Gouverneur Theodor Leutwein) in Robert-Mugabe-Avenue (nach dem Diktator von Simbabwe) umbenannt.

Quelle: IMAGO/CHROMORANGE

Wohnungsnot: 80 Prozent mehr Wohngeld-Empfänger!

2023 stieg die Anzahl der Haushalte, die Wohngeld erhalten, um 80 Prozent! Für das kommende Haushaltsjahr veranschlagt der Landesanteil für das Wohngeld nun satte 670 Mio. Euro. Die Rechnung zahlt der Steuerzahler. Als AfD-Fraktion wollen wir den Ursachen für hohe Mieten ins Gesicht blicken: Wohnraumknappheit durch Massenzuwanderung, kostentreibende energetische Baustandards und hohe Energiekosten.

Carlo Clemens

Selbstversuch

Gestartet mit vom Bordcomputer angegebener Reichweite von 540 Kilometern bei zu 100 % geladener Batterie des Tesla Model Y, war nach 346 gefahrenen Kilometern noch eine Restladung von 6 % übrig. Wer die Differenz findet – bitte abgeben hier bei der Blickwinkel-Redaktion.

Christian Loose



Commerzbank-Ausverkauf für Posten?

Im September hat die italienische UniCredit erhebliche Anteile an der Commerzbank übernommen. Die Bundesregierung hat angeblich nichts davon gemerkt. Wenig glaubwürdig. Man kann überlegen, ob der ein oder andere Ampel-Minister schon neue Aufgaben im Finanzbereich sucht.

Wird hier einer der wichtigsten deutschen Mittelstandsfinanzierer nach Italien verramscht? Was passiert bei einer Schiefelage der Megabank z. B. in Folge eines italienischen Staatsbankrotts? Werden Filialstücke herausgetrennt und darf der deutsche Steuerzahler dann die Verluste sozialisieren?

Dr. Hartmut Beucker



Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) im Luxus-Schleuser-Skandal: abgelehnt!

Für bis zu 300.000 Euro ließen sich reiche Chinesen einschleusen. Es besteht der Verdacht der gewerbsmäßigen Einschleusung. Verdächtig werden Mitarbeiter von Ausländerbehörden (u. a. die Leiterin in Düren, zugleich Ehefrau des Verkehrsministers), Parteifunktionäre bis hin zum Innenminister (3 Parteispenden des Hauptverdächtigen à 9.990 Euro) oder auch Solingens OB Kurzbach (SPD). Völlig überraschend bestand wenig Interesse an einer umfangreichen Aufklärung.

Enxhi Seli-Zacharias

Rundfunkbeitrag entdemokratisiert

Der Druck auf die Öffentlich-Rechtlichen wächst: Mehr als zwei Drittel der Deutschen wünschen sich eine durchgreifende Reform oder die gänzliche Abschaffung von ARD und ZDF. Die AfD hebt das Thema regelmäßig auf die Tagesordnung der deutschen Parlamente – zum Missfallen der Altparteien.

Diese planen jetzt, das Thema Beitragshöhe nicht mehr durch die Landtage entscheiden zu lassen, sondern auf dem Erlassweg an den Parlamenten vorbei.

Sven W. Tritschler

Umfassende Maßnahmen gegen Pädophilie

Lügde hat gezeigt: Pädophile Straftäter leben jahrelang unerkannt unter uns in der Gesellschaft. Das Dunkelfeld bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder soll 90 % betragen. Erschütternde Zahlen, die das Versagen der Altparteien aufzeigen. Die AfD setzt auf Früherkennung, kriminologische Aufklärung und die Stärkung des Kinderschutzes. Nur durch präventive Maßnahmen können potenzielle Straftaten verhindert und Kinder geschützt werden.

Prof. Dr. Daniel Zerbin



Die deutschen Medaillen bei Olympia: Ein Fressen für den Fiskus

Jahrelanges hartes Training zahlt sich aus, zumindest für das Finanzamt. Denn von den 20.000 Euro, die ein deutscher Olympiasieger von der Deutschen Sporthilfe ausgezahlt bekommt, geht oftmals mehr als die Hälfte für die Steuer ab. Ein echtes Zeichen der Wertschätzung wäre es, wenn der Staat zumindest in diesem Fall auf die Erhebung der Einkommensteuer verzichten würde.

Andreas Keith

Schule als Brennpunkt

Die Schulen in NRW sind zum Hexenkessel geworden. Hyperheterogene Klassen mit Migrationsanteil über 80 %, Messergewalt und islamistische Umtriebe prägten das Jahr. Kindern wird so ein geordneter und erfolgreicher Bildungsweg verbaut.

Die AfD setzt sich für die Rückkehr zu Kernzielen ein: Fokus auf Deutsch und Naturwissenschaften, weg von Indoktrinierung, Wiederherstellung der Ordnung durch harte Strafen für Gewalt und Fanatismus – weniger ist für uns nicht verhandelbar.

Dr. Christian Blex

Rechtspfleger unter Druck

Die hohe Anzahl unbesetzter Planstellen führt zu einer erheblichen Überlastung der Rechtspfleger, häufigeren Überlastungsanzeigen, höheren Krankenständen und mehr Rechtsberatungsfällen bei ihrer Interessensvertretung. Der Berufsstand befürchtet, dass die dünne Personaldecke das Risiko größerer Haftungsfälle erhöht und die Verfahrensdauern verlängert. Dies gefährdet das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat.

Dr. Hartmut Beucker

Kleines Auto – große Strafe

Für den Verkauf eines Dacia Sandero mit einem Listenpreis von 11.800 Euro wird der Hersteller – und damit natürlich der Käufer – mit einer CO₂-Strafsteuer von 2.375 Euro belegt. Dies liegt daran, dass dieser Kleinwagen je 100 Kilometer 1,2 Liter mehr Benzin verbraucht, als es ihm die willkürlich festgelegten Grenzwerte der Von-der-Leyen-EU erlauben.

Christian Loose



Warum wird es wärmer?

Die Luft ist sauberer geworden! Bereits seit 2005 ist der Schwefeldioxidstaus massiv zurückgegangen. Durch den geringeren Staubeintrag haben sich die Wolken verdünnt. Laut NASA-Wissenschaftlern führt die geringere Wolkenbildung zu einer höheren direkten Sonneneinstrahlung auf die Erde. Allein die Reduktion der Schwefeldioxid-Emissionen von Schiffen soll die Erwärmung seit 2020 zu 80 % erklären können.

Christian Loose



Illustrative Überarbeitung von KI-generierten Motiven (Midjourney)

SOS STAATSFUNK

AfD

Herr Kapitän, Herr Kapitän ...



Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um fiktive, satirische Darstellungen und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. echte Zitate der dargestellten Personen.

Idee: Sven W. Tritschler Zeichnungen: Paul Janson

Keuch, keuch

Herr Kapitän, Herr Kapitän, große Gefahr voraus!

Leichtmatrose Georg Restle. Simuliert hobbymäßig Journalismus.

Kapitän Tom Buhrow - auf seiner letzten großen Fahrt, freut sich danach auf die Pensionsmillionen, die schon auf ihn warten.

Erster Offizier Jörg Schönenborn. Ist schon ewig erster Offizier und wäre gerne neuer Kapitän geworden, aber das wird nichts. Erfinder des Wortes „Demokratieabgabe“.

Chefstewardess Sandra Maischberger. Redet gern. Aber nicht mit allen.

Restle? Sie sehen doch, dass wir hier beschäftigt sind.

Es ist dringend! Der Eisberg „AfD“, vor dem auch unser Schwesterschiff ZDF schon über Funk gewarnt hat - wir sind auf direktem Kollisionskurs!

Herrje, ich hab Ihnen schon hundertmal gesagt: Ausweichen! Nicht erwähnen! Totschweigen! Dann geht das Problem von selbst weg.

Ja! Machen Sie es wie ich. Ich rede nicht mit Eisbergen. Allenfalls über sie. Jedenfalls lade ich sie nicht ein.

Ha, ha, ha, ha, ha.

Hat alles nicht geholfen! Die Kollision ist unvermeidlich!

Ach, jetzt machen Sie hier nicht so eine Aufregung, Restle! Sie verunsichern mir noch unsere Passagiere. Und die haben vollstes Vertrauen in uns.

Aber mit Verlaub, Herr Kapitän. Unsere Passagiere sind sehr alt. Die haben kein Internet und wissen nicht, was auf sie zukommt.

Na gut, dann machen Sie doch mal wieder eine von Ihren schönen „Reportagen“, damit werden wir den Eisberg schon in Stücke schlagen!

Genau! Rufen Sie doch mal bei correctiv an, die erfinden sicher einen Skandal.

Das haben die MS Europa, die MS Brandenburg, die MS Sachsen und die MS Thüringen dieses Frühjahr alles schon probiert, aber offenbar kann nichts diesen Eisberg vom Kurs abbringen. Er ist einfach zu stark und wird immer größer.

Meine Güte, alles muss man hier selber machen. Bringen Sie meinen Notkoffer von der Brücke, Schönenborn!

Jawohl!

Schönenborn, machen Sie die Geheimwaffe einsatzbereit!

Hihi!

Was ist das?

Das ist eine geheime Torpedowaffe.

Eine Sendung bei der 100 Bürger befragt werden - zu Eisbergen.

Und wie soll uns das helfen?

Das ist das Geniale an der Waffe.

Es sieht nur demokratisch aus.

In Wahrheit sind die Bürger handverlesen: Schauspieler, Parteifunktionäre ...

Genau, die erklären dann den Bürgern, was für eine Meinung man zu haben hat, und dann ist endlich Schluss mit diesem Eisberg.

Ich bin mir nicht sicher, ob das ...

Jetzt reicht es mir aber! Das ist ein Befehl!

Jawohl, Genosse Kapitän!

Mist, wir haben vergessen, dass die Menschen inzwischen Internet haben und nicht mehr auf jeden Blödsinn reinfallen.

Ich hab es ja gesagt!

Halten Sie die Klappe, Restle.



RENÉ AUST
VORSITZENDER DER AfD-DELEGATION
IM EU-PARLAMENT
PRÄSIDENT DER ESN-FRAKTION



BAUEN WIR DAS EUROPA

der souveränen Nationen!

Viktor Orbáns Besuch in Straßburg hat gezeigt, dass die Meinungsvielfalt in Europa noch starke Verbündete hat. Und dass ein Europa der souveränen Nationen möglich ist.

Es war eine lebhaftige Debatte am 9. Oktober, als Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán es nach mehrmaliger Verschiebung endlich ins EU-Parlament schaffte. Er zog anlässlich der Halbzeit der ungarischen Ratspräsidentschaft eine Zwischenbilanz und brachte den Plenarsaal zum Kochen. Dies war abzusehen, denn schon die Schwerpunktsetzung der ungarischen Ratspräsidentschaft muss auf das EU-Establishment wie eine Provokation wirken: Vor allem Massenmigration, demografischer Wandel und Produktivitätsverluste der EU-Wirtschaft werden dort adressiert. Dass es genau diese Themen sind, die die Menschen in Europa bewegen, habe ich in meiner Plenarrede deutlich gemacht. Und ich habe das EU-Parlament darauf hingewiesen, dass das ungarische Volk und sein Ministerpräsident unser aller Respekt verdient haben.

Denn schon im Vorfeld der Plenardebatte zeichnete sich ein ungebührlicher Umgang mit der amtierenden Ratspräsidentschaft ab. So kamen die Außenminister der Mitgliedstaaten nicht wie üblich in der Hauptstadt des Landes, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat, zusammen. Sie

trafen sich nicht in Budapest, sondern im fernen Brüssel. Aus Angst vor dem Auswärtsspiel blieb das Establishment lieber zu Hause! Auch in der Plenardebatte fielen die Reaktionen der Redner von Ursula von der Leyen (CDU) bis Terry Reintke (Grüne) entsprechend rabiat aus. „Bella Ciao“-Gesänge im Plenarsaal bildeten den unwürdigen Abschluss einer denkwürdigen Debatte. Von einem konstruktiven Umgang des EU-Establishments mit der ungarischen Ratspräsidentschaft konnte nicht die Rede sein.

Dabei wäre jetzt der Zeitpunkt dafür, die richtigen Prioritäten zu setzen. Der Erhalt unserer Industrie, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften, eine bessere Zukunft für Familien und die Verteidigung unserer Heimat stehen im Zentrum von Orbáns Programm. Auch unsere neugegründete Fraktion Europa der souveränen Nationen (ESN) hat sich diesen Zielen verschrieben. Unsere Fraktion widmet sich dem Erhalt der nationalen Eigenständigkeit und der europäischen Kultur, dem Kampf gegen die unkontrollierte Migration und die ausufernde Bürokratie. Die EU hat in diesen Fragen keine praktikablen Lösungen mehr. Es braucht ein Bündnis souveräner Nationen.

Demgemäß erscheint die ungarische EU-Ratspräsidentschaft unter Viktor Orbán als natürlicher Verbündeter. Ungarn hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, sei es in der Migrationspolitik oder in der Bewältigung der diversen Krisen der letzten Jahre.

Ein Treffen mit Ungarns EU-Minister, János Bóka, bot mir Gelegenheit, den Standpunkt der ESN-Fraktion weiter zu erläutern. Wir waren uns einig, dass wir dasselbe Ziel verfolgen: das Europa der souveränen Nationen!

Gewusst? Spenden an die AfD vervierfachen sich!

ANZEIGE

1€ spenden

50 Cent erstattet kriegen

1€ 1€ kommen bei der AfD an

Unterm Strich: Ihre Spende **halbiert** sich für Sie und **verdoppelt** sich für die AfD. Einsatz **vervierfacht!**

DESHALB:

JETZT DER AfD SPENDEN:

Bitte geben Sie im **Verwendungszweck** Ihre **Adresse** an, damit wir Ihnen eine **Spendenquittung** zukommen lassen können.

AfD NRW

Bank: **Volksbank Düsseldorf Neuss eG**

IBAN: **DE49 3016 0213 0079 4230 25**

BIC: **GENODED1DNE**

paypal.me/SpendeAfDNRW



Anzeige finanziert durch Dr. Christian Blex, Carlo Clemens, Klaus Esser, Andreas Keith, Christian Loose, Dr. Hartmut Beucker, Zacharias Schalley, Enxhi Seli-Zacharias, Sven Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Markus Wagner, Prof. Dr. Daniel Zerbin

Dr. Martin Vincentz, AfD NRW, Gladbecker Straße 5, 40472 Düsseldorf

Impressum

12. Ausgabe | Winter 2024/25

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (Vi.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Leserservice: Henning Dornauf, Steffen Postler

Ansprechpartner: Steffen Postler

Tel.: 0211 884 - 4541

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw

Autoren: René Aust, Dr. Hartmut Beucker, Dr. Christian Blex, Carlo Clemens, Klaus Esser, Andreas Keith, Maximilian Kneller, Christian Loose, Zacharias Schalley, Enxhi Seli-Zacharias, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Markus Wagner, Prof. Dr. Daniel Zerbin

Titelthema: Illustrative Überarbeitung von KI-generiertem Motiv (Midjourney)

DTP: A. M.

Fotos: Tobias Ebenberger u. a.

Grafiken und Illustrationen: Paul Janson u. a.

Bild- und Grafiknachweise:

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 6: picture alliance/dpa | Julian Stratenschulte, Medien-Nr.: 265449709
Seite 9: picture alliance/dpa | Uncredited, Medien-Nr.: 474112360
Seite 32: picture alliance/dpa | Uli Deck, Medien-Nr.: 479471680
Seite 34: picture alliance/dpa | Christoph Reichwein, Medien-Nr.: 474277306
Seite 36: picture alliance/dpa | Uli Deck, Medien-Nr.: 479498548
Seite 37: picture alliance/dpa/Revierfoto | Revierfoto, Medien-Nr.: 485285995 und IMAGO/Rainer Unkel, Medien-Nr.: 0767835086
Seite 38: ANSA via ZUMA Press/Zuma Press/AP, Medien-Nr.: 45315044
Seite 42: imageBROKER.com/AP, Medien-Nr.: 94238414
Seite 45: IMAGO/CHROMORANGE, Medien-Nr.: 0471078814

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten die jeweiligen Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 16.000

Druckerei: pacem druck OHG
Kelvinstraße 1-3 | 50996 Köln

„Null Toleranz gegenüber Kriminellen!“

CDU-nrw.de, Flugblatt Wahlprogramm 2022



über
27.500
offene Haftbefehle



über
300
Mörder auf freiem Fuß



über
600
Sexualstraftäter
auf freiem Fuß

Schwarz-grüne Realität 2024



Wir richten den Blick.

Sie möchten unser kostenloses Magazin BLICKWINKEL abonnieren und in Zukunft nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel

JETZT
DAS KOSTENLOSE
BLICKWINKEL-ABO
ABSCHLIESSEN!